

Werner Rügemer

EUROPÄISCHE UNION – sozial und völkerverbindend?



In der Kreuzworträtselschmiede

Werner Rügemer

**EUROPÄISCHE UNION
– sozial und völkerverbindend?**

1. Auflage November 2019

Herausgeber:
KLARtext e.V.
www.info-klartext.de

ISBN 978-3-932246-44-9

DVS Digitaler Vervielfältigungs-
und Verlags-Service Frankfurt (M.)

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung.....	7
I. Geschwisterpaar: Marshall-Plan und NATO.....	11
USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen.....	11
Kalter Krieg beginnt spätestens 1943.....	12
NATO: Die Gründungslüge.....	12
Die Legende vom „Kalten Krieg“.....	13
USA: „Verteidigungs“-Linie nach Europa verschieben.....	14
General Marshall: Erst Außen-, dann Verteidigungsminister...	15
Vorstufe Brüsseler Pakt: „Deutsche“ und „kommunistische Gefahr“.....	16
Krieg gegen Befreiungsbewegungen in den europäischen Kolonien.....	18
Großbritannien.....	18
Kanada.....	19
Frankreich.....	19
Belgien, Niederlande, Luxemburg.....	21
Belgien.....	21
Portugal.....	22
Kleine Staaten als NATO-Gründungsmitglieder.....	22
Spätere NATO-Mitglieder.....	23

Die USA dringen in die europäischen Kolonien ein.....	24
Im Geleitzug: Ost-Erweiterung von EU und NATO.....	25
Endlich Russland erobern.....	26
Den USA folgen, auch wenn man selbst geschädigt wird.....	26
Nationalismus, Ethno-Politik.....	27
Globale Kriege unter US-Führung.....	28
„Mehr europäische Unabhängigkeit“?.....	28
Völker- und menschenrechtlicher Tiefpunkt.....	29
Friedens-Nobelpreis für die EU 2012.....	30
II. Kapital und Arbeit.....	31
Kapitalverflechtung zwischen der EU und den USA.....	31
Die Kapital-Bürokratie.....	35
Beginn: Die Montanunion.....	35
Die heutige EU-Bürokratie.....	37
Arbeitsunrecht in der EU: Die Instrumente.....	44
Die führende Rolle der Bundesrepublik Deutschland.....	45
Die Instrumente des EU-Arbeits-Unrechts.....	49
III. Soziale, demokratische und friedliche Umgründung.....	62

Vorwort

Oft ist zu hören, diejenigen, die die Europäische Union und ihre Kommissare als Repräsentanten des Kapitals kritisieren, würden sich damit gegen „unser Europa“ stellen. Sie werden als „Anti-Europäer“ bezeichnet.

Man reibt sich verwundert die Augen.

Europa umfasst 49 Staaten, die EU (einschließlich Großbritannien) nur 28. Es braucht also schon eine gehörige Portion Überheblichkeit, die EU mit Europa gleichzusetzen bzw. den Eindruck zu erwecken, EU-Ministerrat und Europäische Kommission vertreten ganz Europa.

Aber auch als Bürger eines EU-Mitgliedstaates sollte es möglich sein, die von „seiner“ Regierung miternannten Kommissare anzugreifen, ohne als Gegner Europas, als „Anti-Europäer“ beschimpft zu werden. Übertragen auf Deutschland müssten demnach alle Kritiker der Bundesregierung als Gegner Deutschlands, als „Anti-deutsche“ gelten. Wirklich „europäisch“ bzw. „deutsch“ usw. soll nur sein, wer auf Regierungskurs liegt. Dennoch gilt Meinungsfreiheit den Regierenden als bürgerlich-demokratisches Grundrecht.

Seit Jahrzehnten steht die EU in der Kritik aufgrund ihrer Bindung an die Interessen des Kapitals. Nach dem Motto „links gleich rechts“ wird diese Kritik immer öfter als Ausdruck des wachsenden Nationalismus in Europa diffamiert. Sie wird sogar mit der Kritik der Deutsch-Nationalen und der Faschisten auf eine Stufe gestellt, die Deutschland als ausgebeuteten „Zahlmeister“ der Union hinstellen und deswegen den Austritt aus der EU anstreben.

Aber fördert nicht gerade die EU Nationalismus, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Konkurrenz der Volkswirt-

schaften gegeneinander in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellt?

Dass es genug sachliche Gründe gibt, die EU in ihren reaktionären Fundamenten zu hinterfragen oder gar abzulehnen, das soll diese Broschüre aufzeigen.

Werner Rügemer hat auf einem Klartext-Wochenende am 25. Mai 2019 dazu Stellung genommen und in erweiterter Form zu dieser Broschüre verarbeitet. Dafür bedanken wir uns.

Der Vorstand von Klartext e.V.

Einleitung

Die Europäische Union (EU) ist nicht sozial, sondern asozial. Die EU ist nicht völkerverbindend, sondern spielt Mitgliedsstaaten gegeneinander aus, hetzt gegen andere Staaten und beteiligt sich in Europa selbst und weltweit an völkerrechtswidrigen Kriegen.

Das sollte doch mal anders werden, nicht wahr? Tatsächlich, nach dem 2. Weltkrieg und nach der Besetzung Europas durch die deutsche Wehrmacht und ihre europaweiten Kollaborateure sollte „Europa“ eine Region des allgemeinen Wohlstands und ein Hort des Friedens sein, und auch der Demokratie.

Es kam anders. Und es kam scheinbar unmerklich anders, langsam, schrittweise, sodass ein Großteil der Bevölkerungen in der ständig wachsenden Zahl der EU-Mitgliedsstaaten jahrzehntelang an die Versprechen glaubte – zuerst im Westen, dann in Osteuropa – und teilweise heute noch glaubt, gegen die Wirklichkeit. Als populistisches Versprechen, an das die Herrschenden gerne erinnern, ist lediglich das „freie Reisen“ geblieben – allerdings nur für EU-Bürger selbst, während andere an Europas Grenzen gnadenlos dem Ertrinken überlassen werden.

Kein allgemeiner Wohlstand: Nicht allgemeiner Wohlstand breitet sich aus, sondern extreme Selbstbereicherung derer, die schon besonders reich waren bzw. auch mithilfe der EU noch reicher wurden und noch werden wollen. Und auf der anderen Seite eine vielgestaltige Armut der Prekären, Arbeitslosen, Alten und flexiblen TagelöhnerInnen – und dazwischen die kleine Schicht der meist akademisch gebildeten asozialen AufsteigerInnen, die den reichen Kapitalisten als Berater, Anwälte, PR-Agenten und leitende BeamtInnen dienen (wollen oder sollen); dazu die Schicht des schrumpfenden „Mittelstands“-BeamtInnen der mittleren und unteren Ebene, ProfessorInnen und LehrerInnen, FacharbeiterInnen u.ä., die jetzt in der älteren Generation zum Teil ihre guten

Renten während ihres mehr oder weniger gefitteten Alterns noch angenehm verfuttern können (vom Vegetieren vieler alter Menschen in Altersheimen – pardon „Seniorenresidenzen“ – sprechen wir jetzt mal nicht). Das etwa ist die Lage in den reicheren westeuropäischen Gründungsstaaten, also Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien und Bundesrepublik Deutschland – wobei für Westdeutschland auf dem Gebiet des 1949 gegründeten kapitalistischen Separatstaats BRD anderes gilt als für die 1990 annektierte DDR, heute Ostdeutschland. Die Lage in den später aufgenommenen EU-Mitgliedsstaaten Osteuropas und des Balkans ist nochmal schlechter als in Ostdeutschland.

Keine Völkerfreundschaft: Nicht Frieden breitet sich aus, sondern Aufrüstung und Krieg. Von Anfang an wurde „Russland“, damals die Sowjetunion, von den „Friedensstiftern“ aus Europa und der EU nicht nur ausgeklammert, sondern als Systemfeind behandelt. Zudem führte und führt der Protektor USA weltweite Kriege, militärische Operationen und Putsch, mehrere Dutzend, damals gegen die Befreiungsbewegungen zum Beispiel in China, Griechenland, Korea, Laos, Vietnam, Kuba, Kongo, Chile; Jugoslawien wurde zerbombt, die verschiedenen Ethnien dort wurden gegeneinander aufgehetzt.¹ Unter US-Führung beteiligten und beteiligen sich EU-Staaten in unterschiedlicher Weise, direkt und indirekt, militärisch und mit Rüstungsexport, an militärischen Operationen, Besetzungen und Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, im Jemen sowie rüsten im Rahmen der NATO neu auf gegen Russland.

Im Anfang angelegt: Dass die EU sich so veränderte und entwickelte, wurde möglich durch die Kräfte, die von Anfang an in der EU eine beherrschende Rolle spielten. Aber sie mussten zunächst Rücksicht nehmen auf demokratische, vielfach antifaschistische Kräfte, die als Gegner des europäischen Faschismus moralisch ge-

1 Achim Wertz: Die Weltbeherrscher. Militärische und geheimdienstliche Operationen der USA. Frankfurt/Main 2015

stärkt aus dem Krieg und der Besetzung hervorgegangen waren. Wohlstand, Sozialstaat, Frieden: Dafür sprach die Stimmung der Mehrheits-Bevölkerungen nach dem Krieg. In den Institutionen der EU und in Bündnissen mit vielen EU-Staaten wie der NATO waren aber von Anfang an die antidemokratischen, neokolonial-kapitalistischen Kräfte präsent, die die Perversion der populistisch verkündeten Ziele nachhaltig vorangetrieben haben. Dabei spielen die USA eine wesentliche Rolle.

Keine Demokratie: Die USA haben immer auch ein parlamentarisches System gefördert, dessen wichtigste Entscheidungen nicht im Parlament, sondern in den großen privatkapitalistischen Konzernen, im Militär und in den Geheimdiensten gefällt bzw. vorbereitet werden. Dies wurde zudem abgesichert durch große private Medien: Sie okkupieren die als wichtigen Wert propagierte „Meinungsfreiheit“. Zu dieser Art Kapital-Demokratie gehört die unternehmerische Finanzierung politischer Parteien, die „christlich“, „konservativ“ und „liberal“ lackiert sind. Sogar Sozialdemokraten – jedenfalls solange sie noch nicht zur US-Gefolgschaft umgewandelt waren – galten als Gefahr. Diese populistischen „Volks“-Parteien – sie biedern sich der Bevölkerungsmehrheit mit Versprechungen an, die sie gar nicht einhalten können oder wollen, weil sie letztlich dem Privatkapital verpflichtet sind oder verpflichtet werden können. Sie haben die Mehrheit ihrer Wähler enttäuscht, vor allem durch den Abbau des versprochenen allgemeinen Wohlstands, des für alle Bedürftigen sorgenden Sozialstaats und vor allem durch Arbeitsarmut, *working poor*.

Als Alternative werden, zunächst indirekt, neue rechtsradikale Formationen gefördert, zunächst innerhalb der bisherigen Regierungsparteien wie etwa bei den Republikanern in den USA (Tea Party) und den Tories in England (Brexiters). In der CDU drängen die direkten Unternehmerlobbyisten – etwa der CDU-Wirtschaftsrat mit ihrem Frontmann Friedrich Merz und die Junge

Union – darauf, die angebliche „Sozialdemokratisierung“ der CDU unter der Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zu beenden. Ein Instrument, das auch – nicht zuletzt von den Leitmedien – für das Erstarken der neuen Rechtsradikalen eingesetzt wird, ist die gleichzeitige Diskriminierung der Linken. Verhindert wird damit die demokratische Erneuerung.

Soziale und völkerverbindende Umgründung: Der Durchgang durch die bisherige Geschichte der EU, ihrer Vorformen und ihrer gegenwärtigen Realität soll dazu dienen, die Forderungen und Strategien herauszuarbeiten, die für die soziale, demokratische und völkerverbindende Umgründung der EU notwendig sind.

I. Geschwisterpaar: Marshall-Plan und NATO

Nach dem 2. Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Die imperialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien, Frankreich und Deutschland, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande waren wesentlich geschwächt. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

Die USA hatten sich durch den Weltkrieg endlich aus der tiefen Wirtschaftskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. US-Konzerne belieferten im Krieg nicht nur die westlichen Alliierten (einschließlich Kanada und Australien), sondern auch die Sowjetunion – und auch den militärischen Feind, das faschistische Deutschland.² Schließlich rüsteten sie im Krieg auch die eigene Militärmacht global auf, um zunächst in ganz Asien gegen die japanische Besetzung und gegen Ende des Krieges auch gegen die Wehrmacht in Nordafrika, Italien, Frankreich und zuletzt auch in Deutschland zu kämpfen.

USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen

Diesen Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg aufrechterhalten. Ohnehin waren die USA nach der Eroberung des nordamerikanischen Kontinents (19. Jahrhundert) und danach Mittelamerikas, der Karibik und der Philippinen (Anfang 20. Jahrhundert) auf dem Sprung zur globalen Expansion. Das größte Wirtschaftsgebiet, das es zu integrieren galt, war Europa. Hier vor allem sollten Niederlassungen von US-Banken und US-Konzernen gegründet werden, wesentlich umfangreicher als dies nach dem 1. Weltkrieg begonnen worden war, etwa mithilfe des „Dawes-Plans“ (1924). Vor allem in Europa sollten auch die Märkte für US-Wa-

2 Jacques Pauwels: Big Business avec Hitler. Bruxelles 2013

ren geöffnet werden. Nach diesem Muster folgte nach dem 2. Weltkrieg der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).

Kalter Krieg beginnt spätestens 1943

Schon während des Krieges, spätestens nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad 1943, begann das, was später der „Kalte Krieg“ genannt wurde: Schon als militärischer Bündnispartner wurde die Sowjetunion zum Systemfeind. Deshalb wurde Europa zur wichtigsten Bastion der USA im „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion, gegen die anderen sozialistischen Staaten und gegen den Sozialismus überhaupt. Deshalb errichteten die USA 1949 mit den kapitalistischen europäischen Bündnispartnern das größte Militärbündnis der Menschheit: Die NATO. „Europa“: Das hieß und heißt seitdem in diesem Verständnis: Das von Europa abgespaltene West-Europa – die Bastion gegen Sozialismus in Osteuropa.

NATO: Die Gründungslüge

Im Vorfeld der NATO-Gründung wussten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa könne die geschwächte Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten: Die Wirtschaft der Sowjetunion ist zu schwach; ihr Transportsystem ist zu primitiv; ihre unterentwickelte Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. „Sie wollen den Kampf um Deutschland und Europa gewinnen, aber nicht durch militärische Aktion.“ All dies hielt der Chefplaner im State Department, George Kennan, 1948 für Außenminister Marshall, für Präsident Truman und für die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt fest.³

3 Melvyn Leffler: The Struggle for Germany and the Origins of the Cold War. German Historical Institute, Washington D.C. Occasional Paper No 16/1996, S. 51f.

Die Legende vom „Kalten Krieg“

Der „kalte Krieg“ ist eines der findigsten ideologischen Konstrukte, mit denen die US-Meinungsmaschine die US-Praktiken seit dem 2. Weltkrieg bis heute verschleiert. Der Begriff wurde vom wichtigsten US-Ideologen des 20. Jahrhunderts popularisiert: Walter Lippmann.⁴

In Wirklichkeit begann der „kalte“ Krieg schon kurz nach Kriegsbeginn, etwa 1941. Roosevelt und Churchill griffen – trotz mehrmaliger Aufforderung ihres Alliierten Stalin – militärisch so spät wie möglich in den Krieg ein: Die Rote Armee und die deutsche Wehrmacht sollten sich so weit wie möglich gegenseitig zerstören. Die US- und die britische Regierung lehnten auch jede Unterstützung für den inneren Widerstand gegen Hitler prinzipiell ab. Gleichzeitig durchsetzte der US-Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) unter Allen Dulles die Hitler-Attentäter mit Informanten und beobachteten sie genau. Roosevelt und Churchill verfolgten das Ziel „*unconditional surrender*“, bedingungslose Kapitulation. Wäre das Attentat auf Hitler erfolgreich, dann, so ihre Befürchtung, würde eine neue Regierung Friedensverhandlungen aufnehmen, auch mit der Sowjetunion, was nur der schon vordringenden Roten Armee nützen würde, während die westlichen Alliierten noch gar nicht militärisch auf dem Kontinent präsent waren.⁵

Der zunächst linke Harvard-Absolvent Walter Lippmann hatte im 1. Weltkrieg für das US-Kriegsministerium die Propaganda für den Kriegseintritt der USA mitorganisiert (Committee on Public Information, CPI) – um 1917 das pazifistische Neutralitäts-Versprechen des US-Präsidenten Woodrow Wilson umzudrehen.⁶ Danach hatte er an prominenter Stelle die Globalisierung der USA

4 Walter Lippmann: *The Cold War*. New York 1947

5 Allen Welsh Dulles: *Verschwörung in Deutschland*. Kassel 1948, S. 176 (zuerst New York 1946); Werner Rügemer: *Verschwörung in der Verschwörung*, www.nachdenken-seiten.de 26.7.2019

theoretisch begründet und publizistisch begleitet. 1938 hatte er als Gegner des Roosevelt'schen Reformkurses (New Deal) die späteren Gurus der „neoliberalen“ Wirtschaftslehre wie Friedrich Hayek (The Route to Serfdom, 1943, deutsch: Der Weg in die Knechtschaft), Alexander Rüstow und Raymond Aron zusammengeführt: Hier wurde der beschönigende Begriff des „Neoliberalismus“ für die neue, antigewerkschaftlich und antikommunistisch ausgeschärfte Kapitalismus-Doktrin geprägt.

USA: „Verteidigungs“-Linie nach Europa vorschieben

Im März 1943 schrieb Lippmann: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und mehrerer Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii, japanische Mandatsinseln) seien die USA gezwungen gewesen, „zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen.“ Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien und ihrer Bündnispartner und Kollaborateure ein viel intensiverer Zugriff von neuen, zentralen Standorten aus.

Die USA können ihre neu eroberten Gebiete, so der Geostrateg, nun nicht mehr allein von ihrem nordamerikanischen Territorium und den verstreuten Inseln im Pazifik aus „verteidigen“. Vielmehr könne und müsse Amerika jetzt seine „Verteidigungs“-Linie entscheidend erweitern, „indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen.“ Die „alte Welt“: Das ist (West)Europa. Hier könnten nun neue US-Stützpunkte errichtet werden. Damit könnten die USA von der bisherigen passiven

6 George Creel: How We Advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information That Carried The Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe, New York 1920. Creel war der Vorsitzende der nach ihm benannten Kommission.

zur „aktiven Verteidigung“ ihrer nationalen Interessen übergehen.⁷

So wurde die verschärfte militärische Expansion nun als „Verteidigung“ ausgegeben. Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (War Department): Durch Kriege wurden der nordamerikanische Kontinent, Mittelamerika, die Karibik, Kuba, die Philippinen, Puerto Rico, Hawaii usw. erobert. Aber gerade auf der bis dahin höchsten Stufe ihrer auch militärischen Expansion wurde das Kriegsministerium 1947 beschönigend und faktenwidrig in Verteidigungsministerium (Defense Department) umbenannt. Konsequenterweise lief dann auch die NATO unter „Verteidigungs“-Bündnis. Die Kriegstreiber geben sich als Verteidiger aus. „Kalter Krieg“ und US-„Verteidigungs-Ministerium“ – das sind bis heute geschichtswirksame Fakten.

Zu dieser Strategie gehörten Lippmanns ideologische Kunstgriffe: Die antisozialistisch verschärfte Wirtschaftsdoktrin wurde als „Neoliberalismus“ bezeichnet. Lippmann war gleichzeitig militärischer Geostratege und neoliberaler Wirtschaftstheoretiker. In seiner Person und seinem Wirken wird deutlich, dass militärische und wirtschaftliche Expansion für die USA zusammengehören, auch im Zugriff auf „Europa“.

General Marshall: Erst Außen-, dann Verteidigungsminister

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Den militärisch-zivilen Doppelcharakter verkörperte George Marshall selbst: Während des 2. Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwi-

7 Walter Lippmann: U.S. Foreign Policy. Shield of the Republic, Boston 1943, deutsche Übersetzung: Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, Schweizer Spiegel Verlag, Zürich 1944, S. 120ff.

schen Nordafrika und Asien. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den Marshall-Plan. Und 1950 organisierte er als US-„Verteidigungs“-Minister brutale Interventionen einschließlich Napalm-Bombardements gegen Befreiungsbewegungen rund um den Globus, in Korea genauso wie in Griechenland.

Ab 1947 erhielten alle späteren NATO-Gründungsmitglieder Hilfen aus dem Marshall-Plan: Großbritannien, Frankreich, Portugal, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Island, Italien, Norwegen. Dies ging auch nach der NATO-Gründung bis zum Ende des Marshall-Plans (1952) weiter. Zusätzlich beschloss der US-Kongress 1949 eine Milliarde US-Dollar an Hilfen für die Aufrüstung der NATO-Mitgründer-Staaten. Teilweise wurden Marshall-Plan-Hilfen militärisch umgewidmet.⁸

Alle diese Staaten – außer Luxemburg und Norwegen – waren zudem aktive Kolonialmächte. Die meisten waren zudem Monarchien und kein Ausbund an Demokratie. Die USA selbst unterhielten in neokolonialer Art zahlreiche abhängige Territorien und beherrschten Staaten in Mittelamerika und in der Karibik mit Hilfe von Diktatoren – am bekanntesten in Kuba. Auch die Beziehungen zu Diktator Franco – von den USA, genauso wie vom Vatikan und Hitler-Deutschland sofort nach dem erfolgreichen Putsch diplomatisch anerkannt – waren ausgezeichnet. Es ging also nicht um die Verteidigung der Demokratie.

Vorstufe Brüsseler Pakt: „Deutsche“ und „kommunistische Gefahr“

Vor der NATO-Gründung durften die zuverlässigsten europäischen Staaten, die als Gründungsmitglieder vorgesehen waren, ihr Vorspiel machen. Im März 1948 beschlossen die vom Mar-

8 Gérard Bossuat: *La France, l' aide américaine et la construction européenne 1944 – 1954*, Paris 1992, S. 356 und 380

shall-Plan subventionierten Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der drei kleinen Benelux-Monarchien den „Brüsseler Pakt“: Er verstand sich als Militärbündnis gegen eine mögliche, erneute deutsche Aggression und gegen eine drohende sowjetische Aggression.

Diese US-geführten Verschwörungstheoretiker simulierten Gefahren, die es nicht gab: Deutschland war vollständig abgerüstet und stand unter militärischer Kontrolle der Alliierten, also auch der Brüsseler Pakt-Mitglieder selbst – Frankreich, Großbritannien, Belgien und die Niederlande waren darüber hinaus sogar Besatzungsmächte in Westdeutschland; und sie konnten darüber mitentscheiden, ob Westdeutschland bzw. die Bundesrepublik Deutschland neu aufgerüstet wird oder nicht. Und die Sowjetunion war zu einem Angriff auf Westeuropa weder fähig noch willens, zu einer dauerhaften Besetzung noch weniger – diese Einschätzung der US-Regierung war auch den Regierungen der Brüsseler Pakt-Staaten geläufig.

Im Brüsseler Pakt kamen neben Großbritannien zudem die Staaten zusammen, deren Regierungen und Wirtschaftseliten keinen Widerstand gegen die Besetzung der Wehrmacht geleistet, sondern mit Nazi-Deutschland kollaboriert und ebenfalls im „Kommunismus“ die Hauptgefahr gesehen hatten. Sie alle fürchteten nach dem Krieg Bestrafung und Enteignung, Militärs und Geheimdienste fürchteten Einflussverlust.⁹

Ein Jahr später nahmen die USA die Sache auch offiziell in die Hand. Am 4. April 1949 – einige Monate vor der Gründung der

9 Ludwig Nestler (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Belgien Luxemburg Niederlande, Berlin 1990; Annie Lacroix-Riz: Banquiers et Industriels sous l' occupation, Paris 1999; Werner Rügemer: Fehler für Hitler – Der Otto Wolff-Konzern, in: Ders.: Colonia Corrupta, Münster 2015, S. 182ff.; Rudi Van Doorslaer (Hg.): La Belgique docile. Les autorités belges et la persecution des Juifs en Belgique pendant la Seconde Guerre mondiale, Bruxelles 2007; Annie Lacroix-Riz: La Non-Epuration en France – de 1943 au années 1950, Paris 2019

Bundesrepublik Deutschland – gründeten sie in Washington das Militärbündnis North Atlantic Treaty Organisation, NATO. Es wurde als „Verteidigungs“-Bündnis ausgegeben und folgte damit der US-Sprachregelung. Alle anderen Mitglieder waren von den USA abhängig, nicht nur durch den Marshall-Plan, sondern auch durch zusätzliche Kredite, Militärhilfen und Investitionen. Der Sitz der NATO war bis 1952 in Washington.

Krieg gegen Befreiungsbewegungen in den europäischen Kolonien

Mit der NATO und mit den zusätzlichen US-Militärstützpunkten in den NATO-Mitgliedsstaaten schoben die USA nicht nur im Sinne Lippmanns ihre „Verteidigungs“-Linie nach Westeuropa vor. Sie unterstützten auch die Kriege, die die europäischen Kolonialmächte gegen die nach dem Weltkrieg erstarkten Befreiungsbewegungen in den Kolonien führten. Und die USA ihrerseits verschafften sich mit Marshall-Plan und NATO Zugang zu Rohstoffen in diesen Kolonien.

Großbritannien

Großbritannien war während des Krieges von den USA durch Rüstung, Schiffe und Nahrungsmittel beliefert worden und nun bei den USA hochverschuldet. Die USA sorgten dafür, dass der von ihnen 1944 gegründete und beherrschte Internationale Währungsfonds IWF 1947 den ersten großen Kredit an Großbritannien vergab: Damit wurde die Labour-Regierung versöhnt und erpresst. Großbritannien war auch in weiterer Hinsicht geschwächt: Die wichtigsten Kolonien wie Indien gingen verloren. Schon im Krieg hatte Großbritannien den USA mehrere Militärstützpunkte im Commonwealth überlassen. Zur Zeit der NATO-Gründung bekämpfte die Labourgeführte Regierung die Befreiungsbewegung in Ghana, bezeichnete den Vorsitzenden der Convention People's Party, Kwane Nkrumah, als „*little local Hitler*“ und steckte ihn

1950 ins Gefängnis. Erst 1957 konnte Ghana mit Nkrumah selbständig werden.¹⁰ Die USA, die mit ihrem Geheimdienst OSS schon ab 1943 in Griechenland und der Türkei präsent waren, lösten 1948 dort das Militär und den Geheimdienst Großbritanniens ab und übernahmen den Krieg gegen die antifaschistische Befreiungsbewegung.

Kanada

War als Mitglied des Commonwealth doppelt abhängig: Seit Ende des 19. Jahrhunderts war das Land eine Wirtschaftskolonie der USA.¹¹ Die kanadischen Truppen hatten (im zweiten Weltkrieg) unter britischem Kommando gestanden, und die britischen Truppen sowie die gesamte britische Kriegswirtschaft waren den USA unterstellt gewesen.¹²

Frankreich

Das zweitwichtigste NATO-Mitglied nach Großbritannien war Frankreich. Die US-Army hatte schon ab 1943 die profaschistisch geführte französische Armee unterstützt, die nach der Niederlage in die Kolonie Algerien geflüchtet war und dem Vichy-Kollaborationsregime unterstand. Die US-Army befreite 1944, zusammen mit Briten und Kanadiern, Frankreich. Die linke Résistance, die vom US-Geheimdienst OSS unterwandert worden war, wurde schnell ausgeschaltet. Den ungeliebten General Charles de Gaulle, der ein unabhängiges Frankreich vertrat, musste man auf der Siegesparade auf den Champs Élysées in Paris mitlaufen und dann eine provisorische Regierung bilden lassen, in der auch die in der Résistance führende kommunistische Partei vertreten war. Die Weltbank unter dem Wall Street-Anwalt John McCloy vergab

10 Wolfgang Reinhard: Die Unterwerfung der Welt, Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415 – 2015, München 2016, S. 1180f.

11 www.thecanadianencyclopedia.ca/en/article/foreign-investments/#links

12 Jacques Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der 2. Weltkrieg, Köln 2006, S. 67; US-General Eisenhower war ab 1944 Supreme Commander der Allied Expeditionary Forces (SHAEF) für die militärischen Operationen in Europa.

noch vor dem Marshall-Plan einen Kredit an Frankreich, unter der Bedingung: De Gaulle und die Kommunisten dürfen nicht in die Regierung! US-Außenminister Byrnes, Vorgänger von Marshall, versprach einen 650 Millionen-Kredit und die zusätzliche Lieferung von 500.000 Tonnen Kohle.¹³

Christlich lackierte Politiker wie George Bidault, enger Freund des CDU-Vorsitzenden und zukünftigen bundesdeutschen Kanzlers Konrad Adenauer und wie dieser mit CIA-Chef Allen Dulles im Kontakt,¹⁴ wurden in die Regierung manövriert, de Gaulle wurde rausgeworfen, der Kredit wurde gewährt.¹⁵ Die USA rüsteten 1948 zudem drei französische Divisionen auf, damit Frankreich in seinem Besatzungsgebiet in Westdeutschland überhaupt als ernstzunehmende Besatzungsmacht auftreten konnte.¹⁶

Von Mai 1945 bis zur Unabhängigkeit 1962 tötete das französische Militär Hunderttausende Unabhängigkeitskämpfer und Zivilisten in der annektierten Kolonie Algerien. Dort herrschte ein rassistisches Apartheid-System. Algerien wurde sofort NATO-Vertragsgebiet. Gleichzeitig verlangte die französische Regierung militärische Hilfe gegen den „Kommunismus“ in der Kolonie Indochina: Die im September 1945 von der Unabhängigkeitsbewegung Vietminh unter Ho Chi Minh ausgerufene Demokratische Republik Vietnam sollte vernichtet werden – die USA halfen mit Militärberatern, Nahrungsmitteln und Rüstungsgütern.¹⁷ McCloy als Präsident der Weltbank genehmigte im NATO-Gründungsjahr 1949 auch dafür einen Kredit.¹⁸

13 Nicolas Lewkovicz: *The German Question and the International Order 1943 – 48*. London 2010, S. 55 und 61; Kai Bird: *The Chairman John McCloy. The Making of the American Establishment*, New York 1992, S. 292

14 Rudolf Jungnickel: *Kabale am Rhein*. Weimar 1994, S. 8ff.

15 Bird: *The Chairman*, S. 290f. und 429

16 Leffler S. 56

17 Bossuat S. 484ff.

18 Bird S. 296

Belgien, Niederlande, Luxemburg

Die drei Benelux-Staaten, deren Wirtschaftseliten im Krieg mit den Nazis kollaborierten, hatten keinen militärischen Beitrag gegen Hitler-Deutschland geleistet. Aber Belgien und die Niederlande durften aus US-Gnaden als Besatzungsmächte nach Westdeutschland einrücken. Luxemburg stellte Soldaten für den Krieg der USA gegen die Befreiungsbewegung in Korea.

Auch dem Königreich Niederlande gestand McCloy im NATO-Gründungsjahr 1949 einen Kredit der Weltbank zu, damit die Unabhängigkeitsbewegung in der Kolonie Indonesien bekämpft werden konnte.¹⁹ Gegen die 1945 nach der japanischen Besetzung gegründete Republik Indonesien gingen die 145.000 niederländischen Militärs mit der Bombardierung von Städten vor, ermordeten insgesamt 200.000 Indonesier, überwiegend Zivilisten und nahmen die Regierung gefangen.²⁰ Indonesien erhielt zusätzlich zum „Mutterland“ Hilfen aus dem Marshall-Plan.

Belgien

Das Königreich Belgien hielt seine rohstoffreiche Kolonie Kongo auch nach 1945 mit US-Zustimmung weiter unter der Knute. Die USA hatten seit Kriegsbeginn das für die Atombomben entscheidende Uran aus der belgischen Kolonie bezogen. Der Bergwerkskonzern Union Minière du Haut Katanga – die Rockefellers waren daran beteiligt – hatte schon 1939 seine Zentrale von Brüssel nach New York verlegt.²¹

Nach 1945 wurde der antikoloniale Widerstand im Kongo gnadenlos bekämpft: Gewerkschaften waren verboten, Streikende wurden erschossen oder öffentlich ausgepeitscht.²² Später, 1961, wurde in belgisch-US-amerikanischer Komplizenschaft (König

19 Bird S. 296

20 Reinhard: Die Unterwerfung der Welt, S. 1139f.

21 Liane Ranieri: Dannie Heineman – Head of SOFINA, Brussels 2012, S. 229

22 Siehe David Reybrouck: Kongo – Eine Geschichte, Frankfurt/Main 2012

Baudouin, US-Präsident Eisenhower, CIA, einheimische Kollaborateure) der erste Premierminister des unabhängig gewordenen Kongo, Patrice Lumumba, nach kurzer Zeit bestialisch ermordet.²³

Portugal

Das faschistische Portugal war im Krieg militärisch neutral geblieben und deshalb wirtschaftlich für Nazi-Deutschland umso wichtiger: Als einziger Staat lieferte Portugal das kriegsentscheidende Edelmetall Wolfram für die Stahlhärtung. In Portugal wurden Raubaktien und Raubgold für die Finanzierung der deutschen Kriegsführung gewaschen.²⁴

Die USA gaben nach 1945 die asiatischen Kolonien Timor und Macau, die von Japan besetzt worden waren, an Portugal zurück. In den afrikanischen Kolonien Mosambik und Angola herrschte kolonialistische Zwangs- und Plantagenwirtschaft (Kaffee, Baumwolle). Die Kommunistische Partei als wichtigste Befreiungsorganisation war verboten und wurde verfolgt.²⁵ Die USA und die NATO konnten nun die Atlantikinseln Portugals, die Azoren, als Militärstützpunkte nutzen.

Kleine Staaten als NATO-Gründungsmitglieder

Island hatte sich 1944 vom Status als dänische Kolonie gelöst und seine Unabhängigkeit erklärt. 1940 war das Land von Großbritannien und den USA besetzt worden. Island bekam Marshall-Plan-Gelder und stimmte seiner NATO-Mitgliedschaft zu: Das Land unterhielt kein eigenes Militär, diente aber als US- und NATO-Stützpunkt.

In Dänemark wurde nach der Nazizeit eine Regierung gebildet, zu der auch die Kommunistische Partei gehörte. Mithilfe der Sozialdemokratie und des Marshall-Plans wurde die ursprünglich ge-

23 Tim Weiner: CIA. Die ganze Geschichte. Frankfurt/Main 2008, S. 225ff.

24 Werner Rügemer: Colonia Corrupta. Münster 2015, 8. Auflage, S. 181ff.

25 Reinhard S. 1198f.

wollte Blockfreiheit verhindert. Die dänische Kolonie Grönland, in der die USA schon 1941 Militärstützpunkte errichtet hatten, wurde 1951 zum NATO-Verteidigungsgebiet erklärt. Der US-Militärstützpunkt Thule wurde und wird seitdem weiter ausgebaut, um die Arktis zu erkunden und die Sowjetunion bzw. dann Russland auszuspionieren. Grönland ist zwar inzwischen „unabhängig“, aber die Außen- und Sicherheitspolitik unterliegt weiter dem besonders treuen NATO-Mitglied Dänemark. Deshalb hat die dänische Regierung u.a. auf US-Intervention hin verhindert, dass die grönländische Regierung mithilfe Chinas sich wirtschaftlich weiterentwickeln konnte (Ersatz für die abnehmende Bedeutung des Fischfangs).²⁶

In Norwegen wollte die sozialdemokratische Regierung, die die absolute Mehrheit hatte, nach der deutschen Besetzung blockfrei bleiben. Aber mithilfe des Marshall-Plans und zusätzlicher Ausrüstungshilfen manövierten die USA auch Norwegen in die NATO.

Spätere NATO-Mitglieder

Griechenland: Im NATO-Gründungsjahr bombardierten US-Sturzkampfflieger die Stellungen der antifaschistischen Befreiungsbewegung in Griechenland mit Napalm und rüsteten das monarchietreue Militär aus, das mit den Nazis kollaboriert hatte. Nur so konnte die Befreiungsbewegung in dem angeblichen „Bürger“krieg besiegt werden.²⁷ Als die USA hier wie in der benachbarten Türkei für eine US-abhängige Regierung gesorgt hatten, holten sie 1952 die beiden Staaten in die NATO. 1967 unterstützten sie den Putsch griechischer Generäle gegen den „drohenden“ Wahlsieg eines antimonarchistischen liberalen Bündnisses.

26 Werner Rügemer: Grönland – US-Militär gegen chinesischen Ausbau der Infrastruktur, www.nachdenkseiten.de 16.10.2018

27 Heinz Richter: Griechenland 1940 – 1950, Mainz 2012, S. 334f.

Bundesrepublik Deutschland: Die USA wollten vor allem die westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die NATO holen. Doch erstens war dieses Westdeutschland noch kein Staat; und zweitens sperrten sich zunächst die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens wegen der kritischen Öffentlichkeit in beiden Staaten gegen die Wiederbewaffnung des ehemaligen Kriegsgegners. Aber kurz nach der Gründung des neuen Staates Bundesrepublik Deutschland (BRD) sagte dessen Kanzler Adenauer 1950 die Wiederbewaffnung zu (heimlich). Und die USA förderten schon ab 1950 die Rüstungsproduktion der BRD für den Bedarf des Krieges gegen die Volksbefreiungsbewegung in Korea. Die bundesdeutschen Rüstungsindustriellen setzten sich mehrheitlich für die NATO ein. Und schon im September 1950 schloss die NATO die BRD in das NATO-Verteidigungsgebiet ein – fünf Jahre vor dem formellen Beschluss des deutschen Parlaments, des Bundestags, zum NATO-Beitritt.²⁸

Spanien: Die faschistische Diktatur Francos war kein Hindernis, sondern eine gute Voraussetzung, um den Staat in das antikomunistische „Verteidigungs“-Bündnis einzubeziehen. Zwar wurde zunächst die formelle NATO-Mitgliedschaft aus kosmetischen Gründen zurückgestellt, doch die USA leisteten Wirtschaftsförderung und bauten Militärstützpunkte aus.

Die USA dringen in die europäischen Kolonien ein

Die NATO war somit ein Bündnis gegen die nach-faschistische Demokratisierung in Europa und gegen die nationale Selbstbestimmung in den Kolonien. Und die neokoloniale NATO-Supermacht USA drang in die alten Kolonien der Europäer ein.

In den französischen Kolonien Indochinas (Vietnam, Laos, Kambodscha) und Afrikas (ein gutes Dutzend Kolonien) lagerten wich-

28 Volker Berghahn: The Americanization of West German Industry 1945 – 1973, S. 267ff.

tige Rohstoffe. An diese wollten US-Unternehmen nun möglichst günstig herankommen. Die Behörde des Marshall-Plans in Paris unterhielt unter Evan Just die Abteilung „Strategische Rohstoffe“. Sie erkundete und inventarisierte in den Kolonien der europäischen Kolonialmächte z.B. Mangan und Graphit in Madagaskar; Blei, Kobalt und Mangan in Marokko; Kobalt, Uran und Cadmium im Kongo; Zinn in Kamerun; Chrom und Nickel in Neu-Kaledonien; Kautschuk in Indochina; Öl in Indonesien²⁹; daneben Industriediamanten, Asbest, Beryllium, Tantalit und Colombit.

Die Marshall-Plan-Behörde und das State Department organisierten ab 1948 Rohstoff-Kaufverträge etwa für die US-Konzerne United Steel, Bethlehem Steel und Newmont Mining und bildeten mithilfe von Investmentbanken wie Morgan Stanley und Lazard Frères gemeinsame Holdings zur Modernisierung von Bergwerken in den Kolonien der Europäer.³⁰ Für die Atombomben brauchten die USA nach dem Krieg ohnehin noch mehr Uran als während des Krieges.

Im Geleitzug: Ost-Erweiterung von EU und NATO

Die NATO war und ist ein Bündnis, das unter US-Führung die UNO-Charta, Artikel 1 „Selbstbestimmung der Nationen“, von Anfang an prinzipiell und dauerhaft verletzt. NATO-Mitglieder zogen in unterschiedlicher Weise, direkt und indirekt, mit in die von den USA angeführten, zahl-reichen Kriege des zu Unrecht so genannten „Kalten Krieges“.³¹

Die NATO war (angeblich) gegen die „kommunistische Gefahr“ gegründet worden, und nur zur „Verteidigung“. Aber auch gegen den Rest des sozialistischen Jugoslawien führten die USA mit Hil-

29 Reinhard S. 1138ff.

30 Bossuat S. 501ff.

31 Vgl. Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren, Zürich 2016

fe der EU einen Angriffskrieg, auch mithilfe der SPD/Grünen Bundesregierung. Unter dem Deckmantel von Menschenrechten wurde das Völkerrecht gebrochen. Die EU-Osterweiterung ging und geht parallel mit der Osterweiterung der NATO einher.

Endlich Russland erobern

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas und deren marktwirtschaftlicher Umgestaltung wurde die NATO nicht aufgelöst – im Gegenteil: Sie wurde erweitert. Die neuen EU-Mitgliedsstaaten wurden und werden so schnell wie möglich auch NATO-Mitglieder oder zumindest NATO-Dependancen. Im Kosovo unterhalten die USA ihren zweitgrößten Militärstützpunkt außerhalb des eigenen Territoriums, nach Ramstein/Pfalz. Dass die Regierung korrupt ist und die Mehrheit der Bevölkerung arm, stört nicht. Und Russland soll beherrscht werden, unabhängig davon, ob es kommunistisch geführt wird oder kapitalistisch mit Putin – das war von Anfang an der Kern der NATO.

Das jahrzehntelang genährte NATO-Lügenreichthum ist brüchiger denn je. Das heutige Russland ist militärisch ungleich schwächer als die damalige Sowjetunion im Vergleich zur noch höher aufgerüsteten westlichen NATO.

Den USA folgen, auch wenn man selbst geschädigt wird

Zbigniew Brzezinski, Berater vieler US-Präsidenten, beschrieb die seit Mitte der 1990er Jahre von den USA verfolgte Politik: Die Ukraine ist das Sprungbrett zur Eroberung Russlands.³² Die USA brauchen für ihre langfristige Stellung als „einzige Supermacht“ den Zugriff auf Eurasien „von Lissabon bis Wladiwostok“.³³ So wurde die zunächst aus Tradition prorussische Regierung der Ukraine in der Zangenbewegung von EU und NATO mithilfe der

32 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim / Berlin 1997, S. 74

33 Brzezinski S. 52

„Open Society“-Stiftung des US-Spekulanten George Soros, einheimischer Oligarchen und faschistoider Gruppen gestützt.³⁴

Ähnlich wird das mit Russland versucht. Der IWF unter der Direktorin Christine Lagarde – inzwischen Präsidentin der Europäischen Zentralbank – vergab an die überschuldete Ukraine Kredite, die, an denselben Kriterien gemessen, Griechenland verweigert wurden.³⁵ Der von den USA verordnete Russland-Boykott schadet der deutschen Wirtschaft, etwa durch den Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen bei deutschen Unternehmen in der Ukraine. Aber der deutsche Vasall nimmt die Schäden hin.³⁶

Nationalismus, Ethno-Politik

Die USA und die NATO führten gegen das sozialistische Jugoslawien nicht nur einen militärischen Krieg. Sie förderten in diesem bisher multi-ethnischen Staat nationalistische, ethnisch und religiös fundamentalistische und zugleich rechtsgerichtete und post-faschistische Bewegungen, Personen und Parteien.

Dies wurde im Auftrag dieser Kräfte auch hochprofessionell mit Hilfe westlicher PR-Agenturen vorangetrieben, vor allem aus den USA, so etwa durch Hunton & Williams, Patton Boggs, Global Enterprises Group, Ruder Finn, Waterman Associates, White & Case, The Washington International Group, Burson Marsteller, Van Kloberg Associates, Herzfeld & Rubin.³⁷

So wurde Jugoslawien in mehrere Kleinstaaten aufgesprengt, die gegeneinander in den Krieg geführt wurden. Sie führen ihre nichtmilitärischen Konflikte und Konkurrenzen unter dem Dach

34 Matthias Holland-Letz: Die Macht des George Soros, SWR 2, 8.11.2017

35 IWF gewährt Ukraine im Wahljahr 2019 neuen Milliardenkredit, Die Welt 19.10.2018

36 Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln 2018, S. 256f.

37 Jörg Becker / Mira Beeham: Operation Balkan – Werbung für Krieg und Tod. Baden-Baden 2008, S. 92-126

von EU und NATO weiter, die damit umso leichter ihre Oberherrschaft ausüben können. Nationalismus und Ethno-Politik waren und sind damit definitiv und offiziell in EU und NATO etabliert.

Globale Kriege unter US-Führung

Die europäischen NATO-Partner folgen der von den US-Präsidenten Barack Obama und Donald Trump geforderten Erhöhung ihrer Militäretats auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. Die EU folgt – ob nun Trump wegen seines ungebildeten Stils ein bisschen kritisiert wird oder nicht – der NATO-Führungsmacht auch bei der antirussischen Hetze und Aufrüstung. Der eurasische Großraum einschließlich der Arktis soll endlich erobert und wirtschaftlich erschlossen werden – wenn es sein muss wieder mit Krieg, und diesmal auch (wieder) mit Atombomben.³⁸

„Mehr europäische Unabhängigkeit“?

Gegenüber US-Präsident Trump erklären führende EU-Politiker wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Absicht, die EU müsse „unabhängiger“ werden. Aber die US-Führung in der NATO wird nicht infrage gestellt. Großbritannien tritt aus der EU aus, aber nicht aus der NATO. Die zusätzlich zur NATO von den USA errichteten Militärstützpunkte in EU-Staaten werden nicht infrage gestellt.

Die USA unterhalten in zahlreichen EU- und NATO-Staaten weiter ihre eigenen Militärstützpunkte, so in Italien, Dänemark und vor allem im mächtigsten Staat, in Deutschland. Und die USA errichten neue Militärstützpunkte wie in Ulm (für den Aufmarsch gegen Russland) und bauen sie technologisch aus. Von hier aus werden, gegen das deutsche Grundgesetz und das Völkerrecht, weiter weltweite Militäroperationen und Drohnenmorde exekutiert, so etwa von Ramstein/Rheinland-Pfalz und von AFRICOM/Stuttgart aus. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bun-

38 Atommacht Europa? IMI-Analyse 2019/13

destages hat etwa zwei Dutzend US-Militärstützpunkte in Deutschland identifiziert, gesteht aber ein, dass die genaue Zahl nicht ermittelbar ist, weil die US-Seite die Fragen nicht beantwortet.³⁹

Am weitesten in Richtung einer relativen „Unabhängigkeit“ geht Frankreich unter dem Transatlantiker Emmanuel Macron. Doch die nachkolonialen Bindungen zu einem knappen Dutzend Staaten in Afrika – mit französisch bestimmter Währung und militärisch gesichertem Abbau von Bodenschätzen – haben alle französischen Regierungen aufrecht-erhalten. Das gilt auch für die 10 nachkolonialen „Überseegebiete“ wie Martinique, Guadeloupe und La Réunion, die zum französischen Staatsgebiet gehören. Zusätzlich hat Frankreich schon seit dem rechtsradikalen Staatspräsidenten Nikolas Sarkozy zum ersten Mal nach dem Weltkrieg neue ausländische Militärstützpunkte errichtet, in Djibuti (Horn von Afrika) und vor allem in den Vereinigten Arabischen Emiraten.⁴⁰

Völker- und menschenrechtlicher Tiefpunkt

Gegen das Völkerrecht waren und sind die führenden EU-Staaten Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien, aber auch kleinere EU-Staaten sowie Nicht-EU-Staaten Europas wie die Schweiz unterschiedlich an US-Militäroperationen und US-Kriegen beteiligt, direkt und indirekt, so im Irak, in Afghanistan, Libyen und Syrien. Ebenso folgen sie, wiederum unterschiedlich, manchmal zögernd, (zunächst) zivilen US-Operationen etwa gegen Venezuela, den Iran und die Volksrepublik China.⁴¹

39 Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst: Umfang und Standorte der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte, 18.1.2017

40 Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst: Umfang und Standorte der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte, 18.1.2017

41 Rügemer: Die Kapitalisten, S. 227ff.

Das elementare Menschheits- und Menschenrecht, dass Ertrinkende aus Seenot gerettet werden, verweigert die EU gegenüber den Flüchtlingen, die über das Mittelmeer in die EU flüchten wollen, deren Fluchtursachen die EU aber als eigensüchtiger Vasall an der Seite der USA (mit)verursacht hat und weiter (mit)verursacht.

Friedens-Nobelpreis für die EU 2012

Die (Un)Verantwortlichen haben die EU auf einen völker- und menschenrechtlichen und moralischen Tiefstand manövriert. Es ist deshalb ein Hohn, dass sie 2012 den Friedens-Nobelpreis bekam. Begründung: Die EU habe „über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ beigetragen, insbesondere nach dem Fall der Berliner Mauer durch die Aufnahme neuer zentral- und osteuropäischer Staaten, auch des Balkans.⁴² Dass parallel dazu diese Staaten in die NATO manövriert wurden und mit ihnen mitten in Europa auch die militärische Aggression gegen Russland organisiert wird, einschließlich eines möglichen Atomkriegs – das gehört zu diesem „Frieden“.

42 Nobelprize.org/prizes/peace/2012/press-release 12.10.2012

II. Kapital und Arbeit

Die EU stellt eine Organisationsform des Neo-Imperialismus und Neo-Kolonialismus dar. Von Anfang an mit dem Marshall-Plan als „Wirtschafts“-Union geplant – mit Zoll-, Handels- und Währungsunion und einheitlichem Binnenmarkt – dominieren die „Wirtschafts“-Interessen. „Wirtschaft“: Das ist die beschönigte, populistische Formulierung für privat-kapitalistisches Unternehmertum.

Die EU ist keine parlamentarische Demokratie, sondern eine am Privatkapital orientierte, mächtige Bürokratie. Die parlamentarischen Elemente sind noch weiter untergeordnet als dies in der westlichen Kapital-Demokratie üblich ist.

Die EU hat nie die Universellen Menschenrechte der UNO ratifiziert, sondern operiert mit „Grundrechten“. Die Sozial- und Arbeitsrechte aus den Universellen Menschenrechten – Recht auf Arbeit, Recht auf unabhängigen Zusammenschluss der abhängigen Beschäftigten einschließlich des Streikrechts usw. – gehören nicht zu den „Grundrechten“.

Kapitalverflechtung zwischen der EU und den USA

Die dem Publikum nicht so sichtbare Basis der „Wirtschafts“-Union bildet das Kapital, d.h. die Kapitalisten. Die transatlantische Region mit den USA (mit den Anhängseln Kanada und Mexiko) und der Europäischen Union stellt die weltweit dichteste Kapitalverflechtung dar, mit Vorherrschaft des US-Kapitals.⁴³

Der Marshall-Plan

Der Marshall-Plan förderte zum einen die Niederlassung von Filialen multinationaler US-Konzerne und Banken in Westeuropa. Während die US-Investitionen in Lateinamerika zwischen 1950 und 1970 auf das Dreifache und in Asien einschließlich Japan um

43 Zu den Einzelheiten siehe Werner Rügemer: Die Kapitalisten S. 227ff.

das Fünffache anstiegen, stiegen sie in Westeuropa auf das Vierzehnfache des bisherigen Bestandes. Dabei bildete zunächst Großbritannien einen Schwerpunkt, seit Margret Thatchers Tory-Regierung dann ab den 1980er Jahren auch wegen des extrem deregulierten Finanzstandorts City of London.⁴⁴

Zum anderen förderte der Marshall-Plan den Absatz von US-Waren. Dafür bereiteten die USA in (West)Europa auch eine Zoll-, Währungs- und Freihandelsunion vor. Sie prägten die ersten Vorformen und Institutionen, die schließlich zur Europäischen Union (EU) in ihrer heutigen Gestalt hinführten.

US-Investitionen vor allem in der Bundesrepublik

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten intensivierte die USA ihre Investitionen in Europa erneut. Dabei steht Deutschland wie bei der größten Zahl der Militärstützpunkte auch bei den Kapital-Investitionen im Vordergrund.

Alle bundesdeutschen Regierungen, wie unter Gründungskanzler Konrad Adenauer (CDU/CSU/FDP) begonnen, förderten dies. In der zweiten Phase nach Adenauer holte Kanzler Helmut Kohl (CDU/CSU/FDP) 1990 vornehmlich US-Berater wie Price Waterhouse Coopers, KPMG, McKinsey und JP Morgan in die Treuhand-Anstalt. Sie leiteten die Privatisierung der Betriebe der Ex-DDR.⁴⁵ Danach wurden und blieben sie Dauer-Berater des vereinigten deutschen Staates, der Bundes- und Landesregierungen und der Kommunen, welcher politischen Couleur auch immer.⁴⁶

„Entflechtung der Deutschland AG“

Den dritten Schritt bereitete die SPD/Grünen-Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder vor. Zu ihrer Agenda 2010 gehör-

44 Mira Wilkins: *The Maturing of Multinational Enterprises. American Business Abroad from 1914 to 1970*, Cambridge/Mass. 1994, S. 330

45 Werner Rügemer: *Privatisierung in Deutschland-Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership*, Münster, 4. Auflage 2008, S. 38ff.

46 Werner Rügemer: *Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft*, Bielefeld 2004

ten dafür zwei wichtige Elemente: 1. die vier Hartz- und folgende Gesetze, die Deutschland zur größten Niedriglohn-Zone der EU machten, 2. die Steuerbefreiung für Erlöse aus Verkäufen von Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen. Ziel war die „Wettbewerbsfähigkeit“ des Standorts Deutschland und die „Entflechtung der Deutschland AG“. So wurden, verstärkt nach der Finanzkrise von 2007, die US-Kapitalorganisatoren wie BlackRock&Co, Private Equity-Investoren wie Blackstone&Co sowie Hedgefonds wie Eliott die bestimmenden Eigentümer der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften, etwa auch der 30 DAX-Konzerne sowie von etwa 10.000 der lukrativsten Mittelstandsfirmen.⁴⁷

US-Berater als zivile Privatarmee der Kapitalisten

Die Hartz- und Folgegesetze – z.B. das Tarifeinheits-Gesetz, Mindestlohn-Gesetz – wurden zudem überlagert durch die „Amerikanisierung“ der Arbeitsverhältnisse nach dem Job-Muster: Arbeit nicht als geregelte Lebenssicherung einschließlich Gesundheit und Rente, sondern flexible Handelsware auf dem vom Kapital bestimmten Markt. Spiegelbildlich gehören dazu die in die betriebliche Personalpolitik nach US-Vorbild entwickelten Methoden der Human Resources: Der abhängig Beschäftigte als Unternehmer seiner selbst – er braucht keine Gewerkschaften oder sonstige Kollektiv- und Solidarformen, sondern optimiert sich selbst und vermarktet sich individuell auf dem Arbeits-Markt.⁴⁸

Zur „Amerikanisierung“ der Arbeitsverhältnisse in der EU gehört weiter die Etablierung der in den USA seit über einem Jahrhundert entwickelten Dienstleistungsbranche des Union Busting: Professionelle Be- und Verhinderung von Belegschaftsvertretungen, in Deutschland, also die Be- und Verhinderung von Betriebsräten nach dem Betriebs-Verfassungsgesetz.⁴⁹

47 Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln 2018, S. 12 - 225

48 Werner Rügemer / Elmar Wigand: Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung, Köln 3. erweiterte Auflage 2017, S. 65ff.

49 Rügemer / Wigand: Die Fertigmacher, S. 38ff.

Dies strahlte auf die EU und die Regierungen der anderen EU-Staaten wie insbesondere Frankreich und Italien aus, die dem deutschen Vorbild folgten. Hohe Privatgewinne, Innovationsfähigkeit, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und weitere Ausdifferenzierung von Prekaritätsformen und von *working poor* sind die Folge.⁵⁰

Mit den neuen Eigentümern erweiterten auch professionelle US-Lobbyisten ihren Dauereinfluss in der EU, in der Kommission und in den EU-Mitgliedsstaaten: Die drei führenden US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch, die US-Wirtschaftskanzleien wie Freshfields, die US-Unternehmensberater wie McKinsey und Accenture sowie die US-Wirtschaftsprüfer wie PWC und KPMG.⁵¹

EU-Konzerne in den USA

Gleichzeitig intensivierten die großen Konzerne aus den wichtigen EU-Staaten ihr Investment in den USA. Sie spendeten 2016 verstärkt für den Wahlkampf des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Viele Unternehmen aus der EU haben inzwischen in den USA einen größeren Umsatz als in ihrem Ursprungsland und profitieren jetzt zusätzlich von den Maßnahmen der Trump-Regierung, so von der Senkung der Unternehmenssteuern und den hohen staatlichen Subventionen für Unternehmensgründungen.⁵²

Mit der Androhung von erhöhten Zöllen auf Autos aus der EU erreicht die Trump-Regierung, dass insbesondere Autokonzerne und Zulieferer aus Deutschland seit 2019 ihre ohnehin schon umfangreiche Produktion in den USA noch ausweiten und ihre Produktion in Deutschland und in der EU einschränken – ein zusätzli-

50 Rügemer: Die Kapitalisten, S. 37ff.

51 Rügemer: Die Kapitalisten, S. 216ff.

52 Rügemer: Die Kapitalisten, S. 258f.

cher Grund für eine dauerhafte Schrumpfung der EU-Volkswirtschaften.

Kapital-Verflechtung innerhalb der EU

Die EU hat auch die Verflechtung des Kapitals innerhalb der EU-Staaten, insbesondere in den reichen Gründungsstaaten befördert. So haben etwa 2.500 deutsche Unternehmen Niederlassungen in Großbritannien, in Frankreich etwa 1.000 – und umgekehrt. Aber die gleichzeitige Verflechtung dieser Unternehmen mit US-Investoren ist ungleich intensiver, und die prägende Kraft von BlackRock&Co – sie sind gleichzeitige grenzübergreifende Eigentümer in allen wichtigen Konzernen in der EU – ist ungleich stärker als der Einfluss der vereinzelter Eigentümer mit europäischen Wurzeln und Standorten.

Die Kapital-Bürokratie

Die Institutionen der EU bilden eine vielgestaltige, internationale, intransparente Bürokratie. Ihre Standorte sind nicht zufällig in den kleinen, intransparenten Monarchien Luxemburg und Belgien konzentriert, die seit dem 2. Weltkrieg in besonderer Abhängigkeit von den USA stehen. In der belgischen Hauptstadt Brüssel ist deshalb nicht nur das NATO-Hauptquartier, sondern auch die Europäische Kommission untergebracht.

Beginn: Die Montanunion

Keimzelle der EU ist die seit 1952 bestehende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), kurz Montanunion. In ihr wurden die Stahl-, Eisen- und Kohlekonzerne der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Luxemburgs und Italiens zusammengeschlossen. Damit wurde auch verhindert, dass sie, die während der deutschen Besetzung im 2. Weltkrieg mit Nazi-Deutschland kooperiert hatten, bestraft, entflochten, verstaatlicht und demokratisch neu organisiert wurden.

Die Montanunion wurde geleitet vom „Gründungsvater der EU“, Jean Monnet. Der Banker französischer Herkunft hatte während des Krieges im Auftrag der US-Regierung die Rüstungsbelieferung Großbritanniens und des französischen Vichy-Regimes organisiert. Er war ein Todfeind von Charles de Gaulle und aller Nachkriegs-Konzepte, die sich gegen die US-Vorherrschaft in Europa wandten. Der wesentliche Vorantreiber der Montanunion war das American Committee on the United Europe (ACUE), geleitet von den beiden Chefs des während des 2. Weltkrieges in Europa operierenden US-Geheimdienstes OSS, Allen Dulles und William Donovan.⁵³

Die Montanunion wurde als „Hohe Behörde“ bezeichnet, hatte neben sich eine beratende Versammlung und eine von Monnet selbst ausgewählte Gruppe unternehmerfreundlicher Gewerkschafter. Aus der „Hohen Behörde“ wurde dann später die Europäische Kommission, aus der beratenden Versammlung das Europäische Parlament. Die etablierten Gewerkschaften tragen die EU bis heute mit, auch wenn ihre ohnehin kleine Macht von der EU weiter geschwächt wird.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Die nach dem Vorbild der Montanunion entwickelte nächste Vorform der EU war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, Römische Verträge, ab 1958). Der erste Präsident wurde ab 1958 Walter Hallstein, der wesentlich die „Römischen Verträge“ prägte. Er war führender Völkerrechtler während der Nazizeit und im Krieg nationalsozialistischer Führungsoffizier der Wehrmacht. 1938 hatte er bei einer deutsch-italienischen Konferenz in Rom „das unvergleichliche gesetzgeberische Genie Mussolinis und Hitlers“ gefeiert und „das neue Europa“ ausgerufen. Zu diesem „neuen Europa“ hatte das grenzübergreifende Management der billigen Arbeitskräfte gehört – mit vielen Abstufungen von be-

53 Vgl. Eric Roussel: Jean Monnet 1888 – 1979, Paris 1996

zahlter und sozialrechtlich versicherten Arbeitern aus Frankreich bis zu den rechtlosen KZ-Häftlingen.⁵⁴ Nach dem Krieg wurde Hallstein ein Jahr lang in den USA interniert, dann von Adenauer zum Staatssekretär im Außenministerium ernannt. 2018 bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Verdienste Hallsteins für die EU.⁵⁵

Über weitere Stationen wie durch die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro (1999), die Gründung der EZB und insbesondere durch die „Osterweiterung“ wurde die EU fortgeführt und schrittweise erweitert.

Die heutige EU-Bürokratie

Die heutige EU-Bürokratie besteht aus vielen Abteilungen:

- Europäische Kommission (EK),
- Europäischer Rat,
- Konferenzen der Fachminister der Mitgliedsstaaten,
- Europäisches Parlament,
- Europäische Zentralbank (EZB),
- Europäische Bankenaufsicht (EBA),
- Europäische Investitionsbank (EIB),
- Euro-Gruppe,
- Auswärtiger Dienst (Außenministerium),
- Europäischer Rechnungshof,
- Europäische Polizei (Europol),

54 Werner Rügemer: arm und reich, Bielefeld 2002, S. 28f.

55 Philippe de Villiers: J' ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu, Paris 2019, S. 193ff.

- zwei Küstenwachen (Frontex und European Naval Forces),
- Militärformation (Permanent Structured Cooperation, PESCO),
- Europäischer Gerichtshof (EUGH),
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR),
- Europäische Atomunion (EURATOM),
- Europäische Arbeitsagentur,
- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA)
- Sekretariat der Energie-Charta,
- Europäisches Technologie-Institut
- Europäischer Forschungsrat
- Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF),
- Statistikdienst (Eurostat), Juristischer Dienst, Übersetzungsdienst, Öffentlichkeit und Dokumentation.

Wir können hier nur auf wenige eingehen, die direkt oder indirekt mit den Arbeitsverhältnissen zu tun haben.

Das EU-Parlament

Die EU ist keine parlamentarische Demokratie. Das Parlament hat nicht einmal die Kompetenzen eines Parlaments westlicher Kapital-Demokratien: Es kann keine Regierung wählen und es darf keine Gesetze initiieren. Es hat lediglich Anhörungs- und Bestätigungsrechte. Zum Ausgleich der Ohnmacht – und das tröstet so manche dieser ParlamentarierInnen – ist das Parlament ein aufgeblasener, teurer Apparat: Es hat zwei Sitze, in Brüssel und auch noch in Straßburg, die Abgeordneten reisen hin und her.

Das Parlament hat 751 Abgeordnete mit 3.500 Assistenten und weiteren 1.500 Mitarbeitern. Die Abgeordneten werden besser bezahlt als in ihren Herkunftsstaaten. Neuerdings ist eine „Europäische Bürgerinitiative“ hinzugekommen: Wenn in sieben EU-Staaten eine Million Unterschriften für eine Petition zustande gekommen sind, muss das Europäische Parlament das Anliegen „behandeln“.

Die Europäische Kommission (EK)

Die EU wird geführt und beherrscht von der EK. Sie ist dem Europäischen Parlament übergeordnet. Nur sie hat das Recht zur Gesetzesinitiative und vertritt die Mitgliedsstaaten international, etwa bei Freihandels- und Militärabkommen. Diese Bürokratie besteht aus privilegierten 32.000 Beamten, mit weiteren Mitarbeitern in den anderen Institutionen etwa 50.000: Die hierarchisch hoch gespreizten Einkommen sind höher als die für vergleichbare Tätigkeiten in den EU-Mitgliedsstaaten (Kommissare verdienen mehr als Regierungschefs), die Beamten werden steuerlich begünstigt und sind in der Luxemburger und belgischen Justiz von strafrechtlicher Verfolgung ausgenommen (Immunität wie Abgeordnete).

Wir sehen hier einen gewaltigen Widerspruch zur sonstigen Propaganda: „Freie Wirtschaft“ kann sich, so die Unternehmerlobby üblicherweise, doch nur ohne „Bürokratie“ frei entfalten. Aber es gab in Europa noch nie eine so große, privilegierte, unkontrollierte, intransparente Bürokratie wie diese EK – aber mit dieser Bürokratie sind die privaten Kapitalisten hoch zufrieden.

Keine gültige Verfassung

Die 2005 nur in Frankreich und den Niederlanden abgehaltenen Referenden über die EU-Verfassung fielen negativ aus. Das Referendum in Irland fiel ebenfalls negativ aus und wurde wiederholt. Referenden in anderen Staaten wurden aus Angst vor Ablehnung gar nicht erst abgehalten. Deshalb hat die EU keine gültige Ver-

fassung, die bei einem Referendum gebilligt worden wäre. Das in Lissabon beschlossene Dokument heißt deshalb nicht Verfassung, sondern EU-Grundlagenvertrag: Das ist nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls ein offenes Provisorium hat, das Grundgesetz, aber keine Verfassung, wie sie im Grundgesetz für die Situation nach der Wiedervereinigung eigentlich vorgesehen ist. Aber auch hier fürchten die regierenden Parteien die aufbrechende Grundsatz-Diskussion und ein Referendum.

Euro und Europäische Zentralbank (EZB)

Die EZB, die Zentralbank der Euro-Währung, hat sich unter dem Vorsitz des Goldman Sachs-Bankers Mario Draghi zu einer Steuerungszentrale nicht nur der Währung und der Finanzen in der EU entwickelt, sondern auch der Wirtschaft und der Staatshaltung. Mit dem Euro sichert die EZB die wirtschaftliche Vorherrschaft der Konzerne in den reichen Staaten – die armen Staaten können eine eigene Währung, wie sie sie früher hatten, nicht mehr abwerten. Und zusammen mit dem IWF – unter der Direktion der seit 2019 als EZB-Präsidentin fungierenden Christine Lagarde – und der EK organisierte die EZB in der „Troika“ im Interesse der systemrelevanten Banken aus der EU und den USA die Ausplünderung, Verarmung, Privatisierung, Degradierung von Gewerkschaften und Arbeitsrecht in den EU-Krisenstaaten – in Griechenland, Portugal, Irland, Zypern. Mildtätig war der IWF unter Lagarde allerdings gegenüber der korrupten Oligarchen-Misswirtschaft: Die überschuldete Ukraine bekam weiter großzügige IWF-Kredite. Und natürlich wurde damit der wirtschaftliche Absturz nicht aufgehalten: Eine Million arbeitslose UkrainerInnen verdingen sich im Ausland, vor allem in den Niedriglohn- und Sonderwirtschaftszonen Polens. Für viele Frauen bleibt Billig-Prostitution im reichen Deutschland.

Die EZB wurde unter dem bisherigen Präsidenten Mario Draghi, der von Goldman Sachs kam, nach dem Vorbild der US-Zentralbank Federal Reserve umgemodelt. Die Big Three der US-Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch, in den Statuten der EZB verankert, geben die Kredit- und Anleihekonditionen für EU-Staaten, für den EU-Haushalt selbst sowie für die Unternehmen in der EU vor. Der in den Spekulationskrisen der 2000er Jahre aufgestiegene, jetzt größte Kapitalorganisator der westlichen Welt, BlackRock, wurde unter US-Präsident Obama nicht nur zum Berater und Abwickler der Finanzkrise in den USA: BlackRock wurde auch Berater der EZB.

BlackRock & Co, Private Equity-Investoren („Heuschrecken“) und Hedgefonds sammeln das Kapital der Superreichen – und von der Fed und der EZB verschaffen sie sich noch einmal etwa die gleiche Summe. Damit kaufen, verwerten sie die wirtschaftliche Substanz des westlichen Kapitalismus, spekulieren mit Aktien und anderen Wertpapieren, besorgen sich wie im Falle Bayer und Monsanto die 60 Milliarden für die Fusion, bei der diesseits und jenseits des Atlantiks viele tausend Arbeitsplätze wegfallen, Glyphosat weiter lukrativ verkauft und ein Monopol ausgebaut wird, die Preise erhöht und umweltförderliche Innovationen verhindert werden. BlackRock berät, BlackRock profitiert – und es profitiert, wie die Wirtschaftswoche durchaus eingesteht, die Minderheit der „Vermögenden“. Selbst die kümmerlichen Sparbuchzinsen für die Kleinsparer fallen weg – nicht mal finanzielle Brosamen für die braven Unterklassen.

EZB: Die einflussreichste Institution

Diese Entwicklung wird seit November 2019 unter der neuen Direktorin Christine Lagarde fortgeführt. Dazu gehört die organisierte Steuerflucht: Die vermögenden Kapitalgeber des EZB-Beraters BlackRock werden von BlackRock & Co professionell anonymisiert, die Aktienpakete in der jeweils passenden Finanzoase

zwischen Delaware und Luxemburg und Irland professionell versteckt. Die OECD stellte jetzt fest: Die „reichen“ Staaten verlieren durch die systemische Steuerflucht jährlich 450 Milliarden Dollar.⁵⁶ Die für die Mehrheit der Bevölkerungen wichtige Infrastruktur, also öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Schulen, Trinkwasser- und Abwassersysteme, Straßen, Wohnungen, verfällt – oder wird privatisiert und verteuert.

So wurde die EZB unter der Hand „zur einflussreichsten Institution Europas“: „In der Finanzkrise hat die EZB selbstermächtigend ihre Kompetenzen ausgeweitet, hat nolens volens die Rolle des Ausputzers für reformscheue und ausgabefreudige Regierungen übernommen,“ schreibt die Wirtschaftswoche. Damit die überschuldeten und die Sozial- und Infrastruktur-Ausgaben kürzenden Staaten dennoch weiter neue Kredite aufnehmen können, zugunsten der privaten Banken, hat die EZB rund ein Drittel aller ausstehenden Staatsanleihen aufgekauft.⁵⁷

2014 übernahm die EZB auch die vorher selbständige Behörde der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Mit 1.500 Mitarbeitern direkt in der EZB und weiteren 5.000 Aufsehern in den 19 Euro-Staaten überwacht die EBA direkt die 116 „systemrelevanten“ Banken – sie werden notfalls von der EZB gerettet, wenn sie pleite gehen sollten. Weiter überwacht die EZB mithilfe der ihr nun untergeordneten, nationalen Zentralbanken die mehreren tausend kleinen Finanzinstitute. Damit steht der Einheitliche Banken Aufsichts-Mechanismus SSM der EU ganz unter dem Kommando der EZB.

56 Better data on shadow banking reveals uncomfortable truths, Financial Times 11.10.2019

57 Werner Rügemer: Das charmante Gesicht der Ausbeutung Europas. Zum Antritt von Christine Lagarde als neue Direktorin der EZB, www.nachdenkseiten.de 4.11.2019

Die Lobbyisten

Brüssel, der Sitz der Kommission, ist nach Washington die Welt-Hauptstadt des Lobbyismus. Internationale Unternehmer- und Bankenverbände wie die American Chamber of Commerce unterhalten hier aufwendige Büros, und die größten Unternehmen wie BlackRock, Exxon, Amazon, Facebook, Wirtschaftskanzleien wie Hogan Lovells, Wirtschafts-„Prüfer“ wie Price Waterhouse Coopers (PWC), Konzern-Stiftungen wie von Bertelsmann tun dies alle für zusätzlich mit eigenen Büros. Offiziell sind 30.000 hauptamtliche Lobbyisten registriert.⁵⁸ Sie haben Zugang zu den zuständigen Kommissaren und Mitarbeitern der EK und erhalten Aufträge für Gutachten, laden Abgeordnete zu Kamingsgesprächen ein und versorgen sie mit Gesetzentwürfen. Auch Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände und Kirchen haben Vertretungen in Brüssel, haben aber weder eine vergleichbare Finanzkraft noch werden sie in wichtige Entscheidungen einbezogen.

Zum Lobbyismus gehört der zuerst in den USA voll entwickelte Mechanismus des revolving door, des Drehtüreffekts. Führungsfiguren der Kommission wechseln nach ihrer Amtszeit zu Banken und Konzernen und deren Verbänden, mit denen sie vorher schon in enger Beziehung standen. So wechselten etwa Handelskommissar Mario Monti und Kommissionspräsident Manuel Barroso zu Goldman Sachs. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes wechselte zum größten Taxidienst der Erde, Uber. Finanzkommissar Jonathan Hill wechselte zur Kanzlei Freshfields und zur United Bank of Switzerland (UBS). 2019 wechselte der Exekutivdirektor der Bankenaufsicht EBA, Adam Farkas, zur Finanzlobby Association for Financial Markets in Europe (AFME). Das hinterlässt zwar regelmäßig auch in der unternehmernahen Presse einen „schlechten Nachgeschmack“, ändert aber nichts an der Praxis.⁵⁹

58 Siehe coporateurope.org/eu/lobbying-the-eu

59 Schlechter Nachgeschmack, Handelsblatt 18.9.2019

Arbeitsunrecht in der EU: Die Instrumente

Die Montanunion sicherte nicht nur den straflosen Übergang der damals zentralen Industrien aus der europaweiten Kollaboration in die Nachkriegszeit.

Management der Arbeitsmigranten

Die Hohe Behörde der Montanunion hatte eine zweite wichtige Aufgabe: Beschaffung billiger, gewerkschaftsferner Arbeitskräfte. Die Hohe Behörde koordinierte in Absprache mit den Regierungen der beteiligten Staaten die grenzüberschreitende Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte. Das war in den Artikeln 68 und 69 des EGKS-Gesetzes geregelt.

Die Arbeitnehmer sollten sich grenzübergreifend frei bewegen können. Facharbeiterabschlüsse sollten grenzübergreifend harmonisiert werden. Die nationalen Regierungen sollten die Einwanderungsgesetze für die schnelle Migration der Niedrigqualifizierten umgestalten. So wurden aus den armen Regionen von Nicht-Mitgliedsstaaten billige Arbeitskräfte in die Bergwerke und Eisengießereien herbeigeholt, zunächst mit kurzfristigen Arbeitserlaubnissen, insbesondere nach Frankreich, Belgien, Luxemburg und ins Ruhrgebiet. Luxemburg begann damit schon 1948, Frankreich folgte 1951, ab 1955 schloss die Bundesrepublik solche Abkommen, insbesondere mit Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, dann auch mit der Türkei, mit Marokko, Südkorea, Tunesien und zuletzt mit Jugoslawien.⁶⁰

Schmutzige Arbeit für Ausländer – Aufstieg der Inländer

Beginnend bei den teilweise noch gefährlichen, schwierigen Arbeiten in den Kohlegruben und Stahlwerken der EGKS wurden die ausländischen Gast- oder Fremdarbeiter dann auch in andere schwere, untergeordnete, „schmutzige“ Arbeitsplätze geholt. Für diese Arbeiter war dies allermeist eine Verbesserung und er-

⁶⁰ Johannes-Dieter Steinert: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee. Ein Vergleich, Schwalbach 2008, S. 307

schien erträglich, weil sie mehr verdienten als zuhause und weil die Arbeit (zunächst) zeitlich begrenzt war – sowohl von den staatlichen Planungen als meist auch von der individuellen Lebensplanung her.

Dies trug dazu bei, dass ein großer Teil der einheimischen Arbeiterschaft in den EGKS-Staaten sozial und finanziell aufstieg: In der Bundesrepublik waren dies von 1960 bis 1970 2,3 Millionen Arbeiter, die in Angestellten-Positionen aufstiegen. So trug diese Arbeitsmigration dazu bei, dass die einheimischen Arbeiter mehr verdienten, kürzer arbeiten mussten und mehr Urlaub bekommen konnten.⁶¹

Die führende Rolle der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrer Gründung mit dem christlich lackierten Bundeskanzler Konrad Adenauer der von den USA abhängige Führungsstaat in der EU: Er ist 1. der von den USA militärisch am weitaus intensivsten militärisch besetzte Staat, 2. der Staat – nach Großbritannien – mit der intensivsten Kapitalverflechtung aus und in Richtung USA, 3. der von den USA am intensivsten geheimdienstlich genutzte Staat in der EU⁶² – und 4. der Führungsstaat für die Amerikanisierung der Arbeitsverhältnisse in der EU⁶³.

Grundgesetz: Ohne Arbeitsrechte

Im Grundgesetz (GG) von 1949 fehlen die Begriffe Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitsrechte. Dies ist sogar ein wesentlicher Rückschritt gegenüber der Verfassung der Weimarer Republik nach dem 1. Weltkrieg, obwohl nach herrschender Lehre das GG sich an der Weimarer Verfassung orientiert: Aber gerade bei den

61 Hedwig Richter: Die Komplexität der Integration. Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland von den fünfziger bis in die siebziger Jahre, www.zeitgeschichte-online.de

62 Werner Rügemer: Die Kapitalisten, S. 232ff.

63 Werner Rügemer: Die Kapitalisten, S. 231f.

Arbeits- und Gewerkschaftsrechten ist dies nicht der Fall. So wurde das GG von den westlichen Alliierten genehmigt, an deren Spitze der US-Hochkommissar John McCloy stand. In den USA selbst hatte nach dem 2. Weltkrieg ein heftiger Kampf gegen die Gewerkschaften und für die Einschränkung von Arbeitsrechten begonnen.⁶⁴

Warum Adenauer CIA-Agenten ehrte

Am 7. Dezember 1959 gab Bundeskanzler Konrad Adenauer nach einem Kabinettsbeschluss in Bonn einen feierlichen Empfang für George Meany, den Chef des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO und für Jay Lovestone, den Chef des vom AFL/CIO organisierten Free Trade Union Committee (FTUC, Komitee für Freie Gewerkschaften). Meany erhielt das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, Lovestone das Bundesverdienstkreuz ohne die Zutaten. Die beiden Spitzengewerkschafter aus den USA wurden „für besondere Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland“ geehrt.⁶⁵

Sie hatten mithilfe der US-Regierung, des State Department und des Geheimdienstes CIA und mit Einsatz vieler Millionen US-Dollar seit 1946 heimlich und öffentlich die westeuropäischen Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien gefördert, auch in Westdeutschland, Dissidenten bezahlt, christlich lackierte Spaltergewerkschaften und schließlich auch einen neuen Welt-Spalter-Gewerkschaftsbund gegründet, den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, IBFG. Regierungen bekamen Marshall-Plan- und andere Hilfen nur dann, wenn die wichtigsten nationalen Gewerkschaften die tatsächlichen oder vermuteten kommunistischen Funktionäre entfernt und den vorher gegründeten, als

64 Werner Rügemer: Arbeitsrechte: Die Blindstelle im Grundgesetz, arbeitsunrecht.de 23.5.2019

65 Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung der SPD und des DGB, München 2003, S. 452

„kommunistisch“ verrufenen Weltgewerkschaftsbund verlassen hatten.⁶⁶

So hatten die Doppelagenten Meany und Lovestone zur US-konformen Stabilisierung Westeuropas und Westdeutschlands beigetragen. Noch nach seiner Kanzlerschaft traf sich Adenauer mit Lovestone, etwa als die USA wegen ihres völkerrechtswidrigen, extrem brutalen Vietnamkrieges kritisiert wurden. Nach dem Treffen dankte Adenauer Meany, im Jahre 1966: „Ich war sehr glücklich, dass Mr. Lovestone geschickt wurde, um unsere Zweifel zu beseitigen... Ihre Weisheit, Ihr Verständnis, Ihre Vision wird uns hilfreich sein. Wir werden Ihren Rat und Ihre Erfahrung brauchen, mehr denn je!“⁶⁷

Die Meany-Lovestone-Truppe hatte nicht nur Regierungen, nicht nur Gewerkschaften, sondern auch die sozialdemokratischen Parteien auf US-Kurs gebracht, in Deutschland den DGB und die SPD. Aber das hatten sie im gesamten Einflussgebiet der USA in (West)Europa hingekriegt: „Die westeuropäischen Arbeiterbewegungen waren im Großen und Ganzen fest in die gesamtwestliche Weltordnung integriert, hatten die politischen Systeme und die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihrer Länder akzeptiert.“⁶⁸

McDonald's, UPS...

Seit den 1970er Jahren errichteten die US-Pioniere für Gewerkschaftsfeindlichkeit, Teilzeitarbeit und Niedriglöhnerie, also vor allem McDonald's und United Parcel Service (UPS) in der Bundesrepublik Filialen, mehr und früher als in anderen westeuropäischen Staaten. Sie konnten ihre Praktiken in aller Ruhe etablieren, ohne dass die Bundesregierungen, ob von SPD oder CDU ge-

66 Anthony Carew: *American Labour's Cold War Abroad. From Deep Freeze to Détente, 1945 – 1970*, Edmonton 2018

67 Anthony Carew: *American Labour's Cold War Abroad. From Deep Freeze to Détente, 1945 – 1970*, Edmonto 2018, S. 458

68 Angster a.a.O. ebda.

führt, interveniert hätten. Gewerkschaftliche Proteste nützten nichts.⁶⁹

Die Agenda 2010 und die vier Hartz-Gesetze

Die SPD-Grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder öffnete mit der Agenda 2010 die Bundesrepublik für ausländische Investoren („Entflechtung der Deutschland AG“). Dazu gehörten Steuersenkungen für Unternehmen, der Abbau von Arbeitsrechten und der Ausbau des Niedriglohnsektors. Die von McDonald's, UPS, aber auch von ALDI und anderen Supermarktketten vorgeprägten atypischen Arbeitsformen wurden ab Beginn der 2000er Jahre von der Bundesregierung nachträglich verrechtlicht, systematisiert und erweitert.

Job statt Arbeitsplatz

Der Stichwortgeber der neuen Arbeitsgesetze, der IG-Metall-Funktionär und Personaldirektor des VW-Konzerns, Peter Hartz, hatte nach US-Vorbild das Buch „Job-Revolution“ geschrieben: Job statt Arbeit, Flexibilität nach Kapitalvorgaben statt gewerkschaftlich und staatlich gesicherter Arbeitsrechte.⁷⁰

So wurden durch die vier Hartz-Gesetze nicht nur die Arbeitslosen diszipliniert, finanziell kurz gehalten und mit Sanktionen belegt (Hartz IV), sondern es wurden auch wichtige Formen atypischer Arbeit verrechtlicht: erweiterte Leiharbeit, Mini-Jobs (450 Euro-Jobs), Teilzeit, Scheinselbständigkeit („Ich-AG“). Später kamen weitere Formen hinzu, etwa die sachgrundlose Befristung und die Werkvertragsarbeit, auch die Einschränkung von Streiks (Tarif-Einheitengesetz) sowie der in die Armut führende, niedrige gesetzliche Mindestlohn (ab 2015). Arbeitslose wurden zum größten Reservoir für Leih- und Werkvertragsarbeit.

69 Werner Rügemer / Elmar Wigand: Die Fertigmacher S. 44, 147, 170f.

70 Peter Hartz: Job-Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze bekommen können, Frankfurt/Main 2001

Deutsches Arbeitsrecht: Vorbild in der EU

Nach dem Krieg waren die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte in einigen Staaten wesentlich fortschrittlicher und an den Arbeitsrechten der UNO und der ILO orientiert. Dies traf insbesondere für Frankreich zu, wo es zudem unter der Regierung des Sozialisten Francois Mitterrand und kommunistischen Ministern in den 1980er Jahren zur gesetzlichen 35-Stunden-Woche gekommen war.

Aber mithilfe der EK wurde die verrechtlichte deutsche Niedriglöhnerie schrittweise in anderen EU-Staaten übernommen und zum Teil sogar noch übersteigert, so in Frankreich zunächst durch die sozialistische Regierung von Francois Hollande, dann durch Emmanuel Macron; in Italien unter dem liberalen Sozialdemokraten Matteo Renzi (Job Act); unter der Troika in Griechenland, aber auch in den Benelux-Staaten und in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Osteuropas.⁷¹

Verrechtliches Arbeitsunrecht

Gemessen an den Universellen Menschenrechten – zu denen die Sozial- und Arbeitsrechte gehören – handelt es sich in der EU weithin um verrechtlichtes Unrecht. Die meisten EU-Staaten hatten in den 1970er und 1980er Jahren den UN-Sozialpakt ratifiziert, in denen die Arbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation ILO enthalten sind. Diese werden in der EU systemisch verletzt. Dies wird dadurch erleichtert, dass die EK diese Rechte selbst nie ratifiziert hat.

Die Instrumente des EU-Arbeits-Unrechts

Die soziale Situation der Mehrheit der Bevölkerungen wird bestimmt durch die Arbeitsverhältnisse, also durch die Arbeitseinkommen und die damit verbundenen – oder eben nicht verbundenen oder eingeschränkten – Sozialversicherungen (Rente, Ge-

71 Werner Rügemer: Travail et Non-Travail dans l' Union Européene, Les Possibles 11/2016 (attac Frankreich)

sundheit, Arbeitslosigkeit). Deshalb gehen wir für die „Soziale Frage“ auf das Arbeitsrecht und die Arbeitswirklichkeit ein.

„Eigentlich“ sind die EU-Mitgliedsstaaten souverän bei den Sozial- und Arbeitsrechten, aber sie müssen zunehmend EU-Richtlinien in nationales Recht umsetzen. Zugleich aber bestimmen die grenzüberschreitenden Investitionen und Auslagerungen der Unternehmen innerhalb der EU wesentlich die Arbeitsverhältnisse – an den kodifizierten Rechten vorbei oder auch gegen sie.

EU-Grundfreiheit: Arbeitnehmer-Freizügigkeit

Die grenzüberschreitende Arbeitnehmer-Freizügigkeit gehört zu den Grundfreiheiten der EU. Sie ist zuletzt in der Charta der Grundrechte der EU aus dem Jahr 2000 endgültig als „Grundrecht“ kodifiziert worden. „Grundrechte“ – das ist, wie im deutschen Grundgesetz, das Gegenkonzept gegen die Universellen Menschenrechte der UNO.

Deshalb bedeutet die „Freizügigkeit“ nur die Freiheit, in allen Mitgliedsstaaten Arbeit aufnehmen zu können, besagt aber überhaupt nicht, dass dabei die Arbeits- und Sozialrechte aus der Erklärung der Universellen Menschenrechte der UNO, des UN-Sozialpakts und entsprechend der Konkretisierungen in der UNO-Unterorganisation ILO gelten.⁷² Das Konzept ist enthalten im Grünbuch Arbeitsrecht. Die wesentlichen Konkretisierungen wurden in zwei EU-Richtlinien vorgenommen: 1. der Entsende-Richtlinie und 2. der Dienstleistungs-Richtlinie.

Die Entsende-Richtlinie

Die Entsende-Richtlinie von 1996 (96/71/EG), regelt die Entsendung von Arbeitnehmern von einem EU-Mitgliedsstaat in einen anderen. Vor allem sollten Mindeststandards eingehalten werden, die (in der Regel niedrigeren) Sozialversicherungen können allerdings (in der Praxis in den ärmeren, osteuropäischen) Staa-

⁷² www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards.de

ten gezahlt werden. Richtlinien gelten aber nicht direkt, sondern müssen in jeweiliges nationales Recht umgesetzt werden.

In Deutschland wurde daraus das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (1996). Der deutsche Gesetzgeber schwächte die Richtlinie ab und veränderte das Entsendegesetz immer wieder. Zunächst galt es in Deutschland nur für das Baugewerbe, 2009 wurden sechs weitere Branchen einbezogen (häusliche Pflege, Dachdecker, Gebäudereiniger...). Für kirchliche Unternehmen gelten Ausnahmen. 2014 regelte das Bundesministerium für Arbeit in einer besonderen Verordnung die Arbeitsbedingungen nur für die Fleischwirtschaft: Damit wurde ein Tarifvertrag zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und einem Arbeitgeberverband der Fleischwirtschaft für verbindlich erklärt. Der Tarifvertrag lief 2017 aus, eine Nachfolgeregelung gibt es nicht.

Im Endeffekt dienen Richtlinie und nationale Umsetzungen mit ihrem intransparenten und ständig in Umarbeitung befindlichen Flickenteppich dem verrechtlichten, europaweiten Sozial- und Lohndumping.

Grünbuch zur Modernisierung des Arbeitsrechts

Gleichzeitig mit den Hartz-Gesetzen veröffentlichte die Kommission das „Grünbuch. Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ (KOM-2006-708): Die EU solle auch damit zur „wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden“. 2007 folgte das Konzept „Flexicurity“: „Flexiblere Arbeitsformen sollen mit einem Mindestmaß an sozialen Rechten“ verbunden werden. Allerdings: übrig blieben Flexibilität und Sicherheit für die Unternehmer.⁷³

Die Flexibilität erweist sich als wesentlich wichtiger als die Sicherheit. Denn das Grünbuch legitimiert alle bisherigen Formen der

73 Werner Rügemer / Elmar Wigand: Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung. 3. erweiterte Auflage, Köln 2017, S. 186ff.

Flexibilität: Teilzeitarbeit, befristete Arbeit, Null-Stunden-Vertrag (Arbeitsvertrag ohne Anspruch auf eine bestimmte Zahl an bezahlte Arbeitsstunden, notfalls keine; wurde als zero hour contract in Großbritannien entwickelt), Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, Werkvertragsarbeit, freie Mitarbeit.

Dienstleistungs-Richtlinie

Die EU-Dienstleistungs-Richtlinie (2006/123/EG, nach dem damaligen Handelskommissar auch Bolkestein-Richtlinie genannt) soll die zeitlich befristete Erbringung von Dienstleistungen in anderen als den Herkunftsstaaten der Unternehmer regeln. Auch Unternehmer sollen Freizügigkeit genießen.

Auch wenn in einem Staate, einer Region oder Stadt schon genügend Dienstleister etwa für Gesundheit, Taxi, Paketlieferung, Pflege, Feuerwehr, digitale Zahlungssystem usw. vorhanden sind, soll die Konkurrenz durch günstigere Anbieter belebt werden können. Es dürfen keine Unternehmens-Rechtsformen vorgeschrieben werden. Verboten sind wettbewerbsverzerrende staatliche Subventionen/Beihilfen; davon ausgenommen sind lediglich Gesundheits- und Sozialdienste – diese Ausnahmen wurden durch gewerkschaftliche Proteste und durch Urteile des EUGH erstritten, sind aber aufgrund der Unternehmerlobby weiter bedroht.⁷⁴

Europäische Arbeitsagentur

Das Europäische Job-Netzwerk mit 1.000 Beratern koordiniert die berufliche Freizügigkeit zusammen mit 15.000 Unternehmen, Unternehmensverbänden, staatlichen und privaten Arbeitsvermittlern. In Deutschland sind Mitglied etwa die Bundesagentur für Arbeit, der private Vermittlungskonzern Randstad, Unternehmerverbände und auch der DGB. So werden etwa auch billige Saisonarbeiter aus Portugal zum Weihnachtsgeschäft von Amazon in Deutschland vermittelt.

74 Jana Mattert / Thomas Fritz: Bolkesteins Hammer schlägt wieder zu: Wie die EU die Daseinsvorsorge demontiert, attac Deutschland 26.3.2019

Seit 2019 soll die Agentur auch als Europäische Arbeitsaufsicht agieren. Sie soll Schwarzarbeit und Kriminalität unterbinden: Problem (teilweise) erkannt. Aber wirksame Maßnahmen lassen sich nicht erkennen.

Sonderwirtschafts-Zonen

Die EK fördert die Einrichtung von Sonderwirtschafts-Zonen (SWZ), nicht in den reichen westlichen Gründungsstaaten, sondern in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Ost- und Mitteleuropas und auf dem Balkan. In den SWZ – führend ist hier Polen – praktizieren westliche Konzerne wie VW, MAN, Bosch, Siemens, Lidl, Amazon, Samsung, LG und Sharp ein Regime mit Steuernachlässen, prekären Arbeitsverhältnissen, Niedrigstlöhnen. Gewerkschaftsaktivisten und Streikende werden entlassen.⁷⁵

Societas Europaea (S.E.)

Die europäische Unternehmensverfassung der Societas Europaea (SE) enthält im Unterschied zum deutschen Arbeitsrecht keinen gesetzlich einklagbaren Betriebsrat. Vielmehr ist eine komplizierte Prozedur vorgesehen, wie ein europäischer Konzern-Betriebsrat zustande kommen kann.⁷⁶

Gesetzliche Mindestlöhne

22 von 28 EU-Staaten haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Keinen Mindestlohn haben Italien, Österreich, Zypern sowie die skandinavischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden.

Er beginnt mit 1,72 Euro in Bulgarien. Lettland, Rumänien, Ungarn, Kroatien und die Slowakei liegen unter 3 Euro; Polen, Tschechien, Estland, Litauen, Griechenland, Portugal liegen unter 4 Euro; Malta liegt unter 5 Euro; Slowenien und Spanien liegen unter 6 Euro; in Großbritannien beträgt er 8,85 Euro; in Deutsch-

75 Werner Rügemer / Elmar Wigand: Die Fertigmacher S. 189

76 Michael Stollt / Erwin Wolters: Arbeitnehmerbeteiligung in der Europäischen Aktiengesellschaft S.E. Düsseldorf 2012 (Hans Böckler-Stiftung)

land 9,19 Euro, in den Niederlanden 9,91 Euro; Spitzenreiter sind Frankreich mit 10,03 und Luxemburg mit 11,97 Euro.⁷⁷ Deutschland hat den Mindestlohn um Jahrzehnte verzögert, er gilt erst seit 2015 und betrug damals 8,50 Euro.

Die nationalen Unterschiede laden die Unternehmer zum Auspielen der Staaten gegeneinander ein. Überall reicht der Mindestlohn kaufkraftbezogen für ein menschenwürdiges Leben und für eine Rente oberhalb der Armutsgrenze nicht aus – sowieso schon deshalb, weil gerade die Mindestlohn-Empfänger am häufigsten nur Teilzeit- und Minijobs haben und zwischendurch arbeitslos sein können. Zudem zahlen z.B. in Deutschland Unternehmer millionenfach den Mindestlohn nicht oder unterlaufen ihn durch Arbeitsverträge, in denen nach Stückzahl bezahlt wird – zum Beispiel nach der Zahl der gereinigten Hotelzimmer –, wofür aber die vereinbarte Arbeitszeit von beispielsweise 20 Wochenstunden gar nicht ausreicht.⁷⁸

Wanderarbeit: Die Lüge vom Facharbeiter-Mangel

Aus den verarmten Staaten im Baltikum über Ostdeutschland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Kroatien und dem Kosovo verdingen sich im Durchschnitt etwa 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung als billige WanderarbeiterInnen v.a. in den reicheren westeuropäischen Staaten der EU. Dazu gehören auch gut ausgebildete Menschen mit akademischen Berufen, also etwa Ärzte und Ingenieure. Entweder kommen sie von selbst, über die Europäische Arbeitsagentur oder über private Vermittler. Unternehmer und Regierungen suchen aber auch selbst mithilfe von Beauftragten vor Ort, wie etwa der deutsche Gesundheitsminister Spahn, der billige Pflegekräfte auf dem Balkan sucht.⁷⁹ So werden in den „reichen“ Staaten Beschäftigte aller

77 de.statista.com/gesetzliche-mindestloehne-in-der-eu/ (Stand 2019)

78 Werner Rügemer: Unternehmer als ungestrafte Rechtsbrecher, in: Klaus-Jürgen Bruder u.a. (Hg.): Gesellschaftliche Spaltungen, Gießen 2018, S. 207ff.

79 Spahn wirbt um Pflegekräfte aus dem Kosovo, Spiegel online 15.7.2019

Einkommensstufen, eben auch gut ausgebildete, durch niedriger bezahlte aus „armen“ Staaten ersetzt.

Arbeitsmigration mit niedrigen Löhnen und niedrigem rechtlichem Status bewegt sich zudem in einer Grauzone bis hin zur kriminell durchsetzten Illegalität, etwa für Haushaltshilfen, für die private rund-um-die-Uhr-Betreuung alter Menschen – bis hin zum polizeilich geduldeten „Arbeiterstrich“ zugunsten der Bauindustrie.⁸⁰ Nicht zuletzt gehören zu diesem Normalzustand auch hunderttausende legal-illegale Prostituierte aus Osteuropa in der mit Niedrigstpreisen ausgedehnten Sex-Industrie vor allem in Deutschland.⁸¹

Billigproduktion in Osteuropa

Während sich die WanderarbeiterInnen aus Osteuropa in den reicheren Weststaaten der EU verdingen, betreiben Konzerne aus diesen Staaten und aus den USA wie BMW, VW, Amazon in der EU-Peripherie ihre Niederlassungen mit einheimischen Niedriglöhnern. Dabei spielen auch die Sonderwirtschafts-Zonen eine Rolle. „Der EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder hat es ermöglicht, deren Volkswirtschaften in die Lieferketten des deutschen geökonomischen Raumes zu integrieren“, konstatiert zufrieden der German Marshall Fund.⁸² Eine solche „Integration“ wird in der EU gefördert. Dabei werden die meist oligarchischen Regierungen dieser Staaten in einen Dumping-Wettbewerb getrieben – um Löhne, Arbeitsbedingungen und Unternehmenssteuern.

80 Wanderarbeiter und Tagelöhner werden in der Baubranche besonders ausgebeutet – Kontrollen gibt es kaum, labournet Germany 28.9.2018

81 Wanderarbeiter und Tagelöhner werden in der Baubranche besonders ausgebeutet – Kontrollen gibt es kaum, labournet Germany 28.9.2018

82 „Behalten wir Osteuropa im Blick“, Die Welt 10.9.2019

Freihandels-Verträge

Die EK verhandelt als Vertreterin der EU-Mitgliedsstaaten die Freihandelsverträge wie TTIP, TISA, CETA, JEFTA, mit dem Mercosur und die Economic Partnership Agreements (EPA) mit afrikanischen Staaten. Überall da werden die sanktionsfähigen, einklagbaren Rechte der privaten Investoren festgeschrieben. Von Menschen- und den Sozial- und Arbeitsrechten ist jeweils kurz, selektiv und nur unverbindlich die Rede – sie sind nicht einklagbar, sondern bestenfalls der privaten, von den Unternehmen organisierten, außergerichtlichen Moderation unterstellt.⁸³

Subventionen für Niedriglöhner

Obwohl die EU den „freien Markt“ der Privatunternehmen fördert und staatliche Beihilfen im öffentlichen Dienst bekämpft, subventioniert sie gleichzeitig bestimmte Industrien, die sie als wichtig für die „Wettbewerbsfähigkeit“ des Binnenmarkts hält. So wird traditionell die Agrarindustrie hochsubventioniert, dabei allerdings weniger die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, sondern die mechanisierte Großindustrie. Darunter fallen auch die mafiotisch unterwanderte Plantagenindustrien in Spanien und Süditalien⁸⁴ und die deutsche Fleischindustrie mit dem führenden Konzern Tönnies⁸⁵. Extreme Formen des Arbeitsunrechts (Beschäftigung von Illegalen und ausgebeuteten Werkvertragslern) sind kein Hindernis für solche Subventionen.

Digitalisierung als Selbstwert

Das 2014 aufgelegte Programm „Horizont 2020“ fördert die Digitalisierung der Unternehmen, die Gründung von Innovationszentren und start ups. Ob Plattform-Ökonomie mit dem Taxidienst Uber, der Zimmervermittlung Airbnb oder den Elektrorollern und cloud working ohne Arbeitsvertrag – egal. Digitalisierung wird als

83 Werner Rügemer: CETA: Freihandel zerstört Arbeitsrechte. Wirtschaftsabkommen mit Kanada – warnendes Vorbild für TTIP, arbeitsunrecht.de 26.4.2016

84 Agrar-Subventionen: EU-Millionen für Ausbeuter, tagesschau.de 9.7.2018

85 Werner Rügemer: Das System Tönnies stoppen! www.nachdenkenseiten.de 12.9.2019

Wert an sich bzw. als Wirtschaftsförderung und Standortvorteil behandelt. Das Programm ist mit 11,5 Mrd. Euro ausgestattet und läuft bis 2020. Auch dieses Programm kennt keinerlei Vorgaben für Arbeitsrechte.⁸⁶

Außereuropäische Produktions- und Lieferketten

Dieselben Konzerne, die innerhalb der EU menschenrechtswidrige Arbeitsverhältnisse praktizieren, praktizieren dies noch viel exzessiver außereuropäisch, etwa in Indien, Mexiko, Kenia, Kolumbien, in der Türkei, in Brasilien, Katar und Bangladesh. So verhält sich etwa auch der mehrheitlich dem deutschen Staat gehörende Konzern Deutsche Post DHL – zweitgrößter Aktionär ist BlackRock.⁸⁷

Deshalb blockieren die EU und die führenden EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich zusammen mit den USA – im Unterschied etwa zur Volksrepublik China – den von der Menschenrechtskommission der UNO vorgeschlagenen Binding Treaty, wonach die multinationalen Konzerne auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet werden sollen.⁸⁸

Europäischer Gerichtshof (EUGH)

Der EUGH fällt seine Urteile in der Regel zugunsten der Unternehmer. So bestätigt er, dass der Staat bei der Vergabe von Aufträgen an Private keine Auflagen zu Tariflöhnen machen darf.⁸⁹ Das einzige Urteil, das aus dem Rahmen fällt und den Unternehmen weh tut – obwohl es eine ganz selbstverständliche Angelegenheit regelt –, fordert die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, für die vollständige Erfassung der tatsächlichen täglichen Ar-

86 <http://ec.europa.eu/programmes/horizon2020.en>

87 Respect for Human Rights. A Snapshot of the largest german companies, Winterthur (Schweiz) November 2019

88 Stopcorporateimpunity.org/binding-treaty-un-process

89 Felix Stumpf u.a.: Arbeitnehmerrechte im Sinkflug. Wie der EUGH die Gewerkschaftsrechte aushebelt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2008, S. 83ff.

beitszeit abhängig Beschäftigter zu sorgen.⁹⁰ Das ist ein äußerst wichtiges Urteil, gerade angesichts der Digitalisierung. Freilich ist der Weg zur jeweiligen nationalen Umsetzung des Urteils noch lang, das Ergebnis offen.

Europäisches Gericht für Menschenrechte (EGMR)

Eine ganz kleine Zahl abhängig Beschäftigter findet in der EU dennoch Recht, und zwar vor dem EGMR, wenn es um die Meinungsfreiheit geht. So bekam die in Deutschland mit Berufsverbot belegte Lehrerin Dorteia Vogt Recht,⁹¹ ebenso die Altenpflegerin Brigitte Heinisch, die Pflegemissstände öffentlich gemacht hatte. Heinisch bekam zwar Recht und eine Abfindung, das – zudem öffentliche – Berliner Unternehmen Vivantes zahlte zwar Gehalt nach, stellte die Altenpflegerin aber nicht mehr ein. Diese Verfahren, die erst alle Instanzen im EU-Mitgliedsstaat durchlaufen müssen, ziehen sich zudem über mehrere Jahre hin.⁹²

Europäische Säule sozialer Rechte (2017)

Eine neue Runde der Entrechtlichung der Arbeit wurde durch die „Europäische Säule sozialer Rechte“ eingeleitet. Am 17. November 2017 wurde sie von der EU feierlich proklamiert.⁹³ Präsident Juncker hatte vor der Proklamation die schlechte Lage beschworen: Leider herrsche in der EU bei allen Erfolgen auch „Sozialdumping und soziale Fragmentierung“. Vor allem in Südeuropa laufe „mit hoher Arbeitslosigkeit, grassierender Armut und schwacher Wirtschaft die größte Krise seit Generationen“. Vertrauensverlust! Da müsse man endlich gegensteuern, nicht zu-

90 EUGH: Urteil vom 14.5.2019 C-55/18

91 Berufsverbote verstoßen gegen Menschenrechte – Urteil vom 26.9.1995, berufsverbote.de/index.php/EUGM.html

92 Satt und sauber? Eine Altenpflegerin kämpft gegen den Pflegenotstand. Vorwort von Werner Rügemer, Reinbek 2008

93 <https://ec.europa.eu/commission/priorities/european-pillar-social-rights-20-principles.de>

letzt, so Junckers Pflichtbekenntnis, müsse man „Populisten und EU-Gegnern den Wind aus den Segeln nehmen“.

Problem (teilweise) erkannt – doch die Erklärung würde das Unrecht weiter verschärfen. Die 20 einzelnen Rechte sind eingeteilt in drei Abteilungen: 1. Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2. Faire Arbeitsbedingungen, 3. Sozialschutz und soziale Inklusion. Gendermäßig korrekt ist nicht nur von Arbeitnehmern die Rede, sondern immer auch von Arbeitnehmerinnen.

Die Sprache schwankt zwischen demagogischer Verwendung „sozialer“ Begriffe, weit interpretierbarer Unbestimmtheit und primitiver Deutlichkeit. Beispiele:

Recht Nr. 4 „Aktive Unterstützung für Beschäftigung“. Da heißt es: „Junge Menschen haben das Recht ... auf einen Praktikumsplatz“. Immerhin! Es muss ja kein richtiger Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sein. Ob der gnädig bereitgestellte Praktikumsplatz bezahlt wird, ist unwichtig. Weiter: „Arbeitslose haben das Recht auf individuelle, fortlaufende und konsequente Unterstützung“: Hartz IV erfüllt diese Kriterien doch gut: Die Unterstützung ist individuell und irgendwie auch konsequent, oder nicht? Wie hoch die Unterstützung ist, ist nicht wichtig.

Recht Nr. 5 „Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung“. Das ist die Wiederauflage des EU-Konzepts „Flexicurity“: Flexibility mit security, Flexibilität mit Sicherheit. Diese beiden Bestandteile sollen in der Quadratur des Kreises irgendwie gleichgewichtig sein. Weiter heißt es: „Der Übergang in eine unbefristete Beschäftigungsform wird gefördert“: Man geht also erst einmal von befristeter Beschäftigung aus, und irgendwer fördert irgendwie dann die unbefristete Beschäftigung – die muss aber nicht kommen. Weiter heißt es: „Unternehmertum und Selbständigkeit werden unterstützt.“ Das entspricht der Ich-AG und der Schein-Selbständigkeit. Weiter heißt es: „Prekäre Arbeitsbedingungen

werden unterbunden, unter anderem durch das Verbot des Missbrauchs atypischer Verträge“. Atypische Verträge sind also zulässig und normal, sie dürfen nur nicht „missbraucht“ werden. Und „Probezeiten sollten eine angemessene Dauer nicht überschreiten.“ – Angemessen! Sollten!

Recht Nr. 7 „Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz“. Es beginnt so: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, am Beginn ihrer Beschäftigung schriftlich über ihre Rechte und Pflichten informiert zu werden.“ Donnerwetter, sogar schriftlich! So geht es weiter: „Bei jeder Kündigung haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht, zuvor die Gründe zu erfahren.“ Also schon bevor man vor die Türe gesetzt ist! „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf Zugang zu wirkungsvoller und unparteiischer Streitbeilegung.“ Das entspricht den lang gehegten Wünschen der Unternehmer, wie es schon in den Arbeitsrechts-Kapiteln der Freihandelsverträge CETA, TTIP usw. steht: Weg von den allzu bürokratischen, staatlichen Arbeitsgerichten, lieber die betriebsinterne, private, nichtöffentliche Streitschlichtung!

Recht Nr. 8 „Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten“. Da heißt es vielversprechend: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertretungen haben das Recht auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in für sie relevanten Fragen, insbesondere beim Übergang, der Umstrukturierung und der Fusion von Unternehmen und bei Massenentlassungen.“ Das bedeutet, dass es für die Beschäftigten im Unternehmen auch die nicht relevanten Fragen gibt – zum Beispiel die Entscheidungen, die einem Übergang, einer Umstrukturierung, einer Fusion oder Massenentlassung vorhergehen! Die Beschäftigten sollen also erst „einbezogen“ werden, wenn die Entlassung schon beschlossen ist. Und das ist dann „rechtzeitig“!

Recht Nr. 10 „Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz“. Da heißt es „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf ein Arbeitsumfeld, das ihren beruflichen Bedürfnissen entspricht und ihnen eine lange Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglicht.“ Wer definiert „ihre beruflichen Bedürfnisse“ und das „Arbeitsumfeld“? Im Klartext heißt das: Arbeitsmigranten aus Rumänien und Flüchtlinge (die nicht ertrunken oder verhungert sind) werden in Deutschland und Frankreich und Griechenland von den Unternehmern und Vermittlern und Jobagenturen dort eingesetzt, wo ihre Ansprüche und Qualifikationen und erpressten Verzichte am besten hinpassen. Und was bedeutet „eine lange Teilnahme am Arbeitsmarkt“? Wie lang ist „lang“? Lebenslang? Bis zur gesetzlichen Rente? Oder eben so lange bis der Verschleiß die Arbeitskraft unverwertbar macht?

Die Rechte Nr. 11 bis 20 stehen unter der Überschrift „Sozialschutz und soziale Inklusion“. Sie betreffen Kinder, Arbeitslosigkeit, Rente, Gesundheitsversorgung, Mindesteinkommen, Behinderung, Pflege, Wohnraum usw. Die Rechte sind nicht nur unverbindlich, sondern hier besonders unbestimmt. Schon bei den Arbeitsrechten wird häufig diffus von „angemessen“ geredet: „angemessene Freistellungs- und flexible Arbeitszeitregelungen“, „angemessene Kündigungsfrist“. Aber bei den Sozialrechten ufert dieses diffuse Kriterium aus. Es wird allen diesen Rechten angepappt, z.B. „angemessene Mindestlöhne“, „angemessener Lebensstandard“, „angemessener Sozialschutz“, „angemessene Leistungen von angemessener Dauer“ (für Arbeitslose), „angemessenes Ruhegehalt“, „angemessene Unterkünfte und Dienste“ (für Wohnungslose) – natürlich „um die „soziale Inklusion zu fördern“. Die kollektiven Arbeits-, Tarif- und Gewerkschaftsrechte und z.B. der Schutz der Betriebsräte fehlen in der „Europäischen Säule“ ganz.

III. Soziale, demokratische und friedliche Umgründung

Die EU steht zurecht in breiter – wenn auch bisher in diffuser, vielfach rechtsgerichteter – Kritik. Oder besser gesagt: Die Leitmedien, sowohl die privaten wie die öffentlich-rechtlichen, veröffentlichen ungleich intensiver die rechtsgerichtete, nationalistische, rassistische, demagogische Kritik an der EU – und versuchen damit, die Kritik als absurd darzustellen, selbst da, wo sie gut begründet wird. Dagegen wird die arbeitsrechtlich und demokratisch orientierte und die friedenspolitisch orientierte Kritik ausgeblendet, verzerrt wiedergegeben und diskriminiert.

Die EU und ihre Institutionen stehen auf einem politischen, wirtschaftlichen, moralischen, rechtlichen, kulturellen Tiefstand. Diese Entwicklung würde von den (Un)Verantwortlichen weitergetrieben werden, wenn der Widerstand nicht stärker wird. Dabei sind die Formen des Widerstands in allen EU-Staaten vielfältiger und umfangreicher als es von Regierungen und Leitmedien zugestanden wird und bisher den Aktiven selbst bekannt ist.

Die Situation ist da: Was sich schon vielfältig anbahnt, muss verstärkt werden: Europaweiter Zusammenschluss des Widerstands! Die demokratisch, sozial und friedenspolitisch orientierten Initiativen, Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften müssen ihre eigenen Plattformen, Foren, Medien ausbauen, mit neuen Bündnissen experimentieren.

Das nach dem 2. Weltkrieg in der UNO entwickelte Völkerrecht muss wiederbelebt werden, ebenso müssen wir die universellen Menschenrechte der UNO in die aktuellen Auseinandersetzungen einbringen, so das Menschenrecht auf gerechte Arbeitsentlohnung, auf sichere Wohnung, auf ausreichende Rente.

- Politischer Generalstreik in einzelnen Branchen, in einzelnen Staaten und schließlich in der gesamten Europäischen Union!
- Soziale, demokratische und friedliche Umgründung der EU!

In eigener Sache:

KLARtext wurde am 28.2.93 in Frankfurt als Verein gegründet und hat heute gut über hundert Mitglieder im ganzen Bundesgebiet, die häufig in gewerkschaftlichen und/oder sozialen Zusammenhängen aktiv sind. Das Zentrum liegt im Rhein-Main-Gebiet.

Wir halten jährlich einmal eine Mitgliederversammlung ab und treffen uns dazu und zu einem Wochenendseminar im Rheingau.

Anlass für die Gründung waren die Anschläge auf Einwanderer im Jahr 1992. Ein paar Leute, die sich aus einer ehemaligen Deutsch-Ausländischen-Stadtteilinitiative kannten, entwickelten im Herbst 1992 die Ideen für KLARtext.

Um Rassismus entgegenzuwirken, stellen wir soziale und wirtschaftliche Themen in den Mittelpunkt. Wir zeigen: **Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.** Wir unterstützen Kampagnen und Bündnisse, die sich für die Erhöhung des Eckregelsatzes von Hartz IV von derzeit 424 Euro auf mindestens 600 Euro einsetzen, für die Einführung einer Mindestrente von 1.050 Euro netto, für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro und für eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von derzeit 9.168 Euro (764 Euro mtl.) auf 15.000 Euro (1.250 Euro mtl.).

Wir treten für die Bewältigung der Krise der Staatsfinanzen zu Lasten der Banken, der Konzerne und der Reichen ein, nicht zu Lasten der Millionen beschäftigten und arbeitslosen ArbeitnehmerInnen bzw. der RentnerInnen.

Zu allen unseren Themen findet man Informationen auf unserem Internetauftritt www.klartext-info.de. Unter der Rubrik „über uns“ gibt es diesen Text und mehr sowie einen Link „**Mitglied werden**“ zu einem entsprechenden Formular (pdf).



Dr. Werner Rügemer ist Philosoph, Publizist, Berater und Stadtführer in Köln. Mitbegründer der Initiativen „aktion gegen arbeitsunrecht“ (arbeitsunrecht.de) und „Gemeingut in BürgerInnenhand“

(gemeingut.org).

werner-ruegemer.de

Letzte Buchveröffentlichungen:

- Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur. 3. Auflage Köln 2019. 226 Seiten, 14,90 Euro
- Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure. Köln 2018, 357 Seiten, 19,90 Euro (auch in englischer, italienischer, französischer und chinesischer Ausgabe)

Herausgeber

KLARtext e.V.

www.klartext-info.de

info@klartext-info.de

Autor

Werner Rügemer

Karikatur

© Thomas Plassmann

Satz und Layout

Reinhard Frankl

Stand

1. Auflage, Nov. 2019

Druck und Bestellung

DVS Digitaler Vervielfältigungs- und Verlags-

Service Frankfurt (M.)

www.dvs-buch.de

info@dvs-buch.de

Tel. +49 69 740169

ISBN 978-3-932246-44-9

Preis: 2,- Euro

zzgl. Versandkosten